Nr. 32. Donnerstag, 8. Februar. 1900

Erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholestellen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,00 Mk. pro Quartal, mit Briefträgerbestellgeld 1 Mk. 40 Pf. Sprechstunden der Redaktion 11—12 Uhr Vorm. Ketterhagergasse Nr. 4.

XIX. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Inseraten-Annahme Ketterhagergasse Nr. 4. Die Expedition ist zur Annahme von Inseraten Vormittags von 8 bis Nachmittags 7 Uhr geöffnet. Auswärt. Annoncen-Agenturen in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Stettin, Leipzig, Dresden N. rc. Rudolf Mosse, Haasenstein und Vogler, R. Steiner G. L. Daube & Co. Emil Kreidner. Inseratenpr. für 1spaltige Zeile 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen u. Wiederholung Rabatt.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 6. Februar.

Das Abgeordnetenhaus wandte sich heute nach Beendigung der Berathung des Bergetats dem **Handelsetat** zu. Seitens der conservativen Fraction war beantragt, die Regierung zu ersuchen, für Berlin von der im Handelskammergesetz ertheilten Befugniß zur Errichtung einer Handelskammer Gebrauch zu machen. Minister **Brefeld** theilte mit, daß es vorzuziehen wäre, wenn die Aeltesten der Kaufmannschaft sich freiwillig zur Umwandlung ihrer Körperschaft in eine Handelskammer entschlössen. In diesem Sinne seien Verhandlungen eingeleitet. Nach dieser Erklärung wurde der Antrag zurückgezogen. Abg. Dr. **Barth**-Kiel (freis. Ver.) ging in längeren Ausführungen auf die **Spiritus-Börsennotiz** ein und auf die **Organisation der Productenbörse.** Der Oberpräsident von Brandenburg sei nicht berechtigt, die Spiritusnotiz zu verbieten. Es scheine eine Beeinflussung der Behörden durch die Agrarier vorzuliegen. Minister Brefeld erwiderte, das Verbot sei in seinem (des Ministers) Auftrage erfolgt; er trage die volle Verantwortung dafür. So lange die Spiritusnotiz von den Interessenten stillschweigend geduldet worden sei, habe er keine Veranlassung gehabt, einzuschreiten. In dem Moment jedoch, wo eine Landwirthschaftskammer Beschwerde führte, habe er vorgehen müssen. Mit der Wiederherstellung der Productenbörse werde auch diese Frage ihre Erledigung finden.

Morgen findet die Fortsetzung der Berathung statt.

Berlin, 7. Februar.

Bei der Fortsetzung der Berathung des **Handelsetats** sprach sich heute auch der Abg. Freiherr **v. Zedlitz** (freicons.) für die Forderung der Errichtung einer Berliner Handelskammer aus. Der Minister möge in seiner Mittelstandspolitik fortfahren. Der Abg. Dr. **Barth** (freis. Ver.) warnte vor der **Phrase** der Mittelstandspolitik, welche unerfüllbare Hoffnungen erwecke. Die sofortige Beseitigung der Spiritusbörsennotiz war unrichtig. Der Minister hätte noch ein paar Wochen warten sollen, bis zur Wiederherstellung der Productenbörse. Durch ein so rücksichtsloses Vorgehen werde der Börsenverkehr geschädigt und die Entstehung von Winkelbörsen gefördert. Der Handelsminister möge sich nicht einseitig den Interessen der Agrarier widmen. Minister Brefeld protestirte energisch gegen diesen Vorwurf und wiederholte im übrigen seine gestrigen Ausführungen. Er schloß damit ab, daß er sagte, er habe das Börsengesetz so ausgelegt, daß es eine Versöhnung der Gegensätze herbeiführe. Er sei jetzt dem Ziele nahe, da ein Antrag auf Wiederherstellung der Productenbörse bereits vorliege.

Reichstag.

Berlin, 6. Februar.

Der Reichstag setzte heute die zweite Berathung der lex **Heintze** fort. Wie Staatssecretär **Nieberding** kürzlich die Ausdehnung des Schutzalters für unbescholtene Mädchen bis zu achtzehn Jahren für unannehmbar erklärt hatte, so that er dies heute hinsichtlich des von der Commission neu vorgeschlagenen § 182a, des sogenannten „Arbeitgeber-Paragraphen". Trotzdem wurde derselbe aufrecht erhalten. Auch § 184, der von buchhändlerischem und sonstigem Vertrieb unzüchtiger Schriften, Abbildungen etc. handelt, wurde in der Fassung der Commission angenommen.

Morgen findet die Fortsetzung der Debatte statt. Außerdem steht die **Interpellation Czarlinski** betreffend die Handhabung des § 187 des Gerichtsverfassungsgesetzes (Dolmetscher) auf der Tagesordnung.

Die **Wahlprüfungs-Commission** des Reichstages erklärte die Wahl des Abg. **Harriehausen** (d. k. F.) für ungiltig.

Politische Uebersicht.

Danzig, 7. Februar.

Zur Tarifsache der Buchdrucker.

Die Einigung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Buchdruckgewerbe auf einen allgemein giltigen Tarif findet in behördlichen Kreisen, welche die Bedeutung dieses socialen Friedenswerkes erkannt haben, immer weiteren Anklang. Wie bekannt, hat das **preußische** Ministerium für Handel und Gewerbe dem Tarifamt der deutschen Buchdrucker in Berlin auf eine Eingabe erwidert, „daß Druckarbeiten für das Ministerium für Handel und Gewerbe, soweit sie an Privatfirmen vergeben werden, schon gegenwärtig nur von tariftreuen Firmen hergestellt werden, und daß es Anordnung getroffen habe, daß solche Druckaufträge auch fernerhin nur Firmen übertragen werden, die den deutschen Buchdruckertarif schriftlich anerkannt haben". Das königlich **sächsische Ministerium** des Innern erwiderte dem Tarifamt: „Vom Inhalte des deutschen Buchdruckertarifes nebst Commentar hat das königl. sächsische Ministerium des Innern mit Interesse Kenntniß genommen und spricht für Uebersendung der Druckschrift seinen Dank aus mit dem Wunsche, daß die gewerbeförderliche und gemeinnützige Thätigkeit des Tarifamtes sich je länger je mehr bewähren möge." Das **großherzoglich sächsische Staatsministerium** erwiderte: „Wir haben mit großem Interesse aus den übersendeten Materialien ersehen, in welcher Weise Prinzipale und Gehilfen im Buchdruckgewerbe sich geeinigt haben, um Streitigkeiten und Trennungen zu vermeiden."

Die Petition des Tarifamts haben ferner, wie auch neulich bereits in Danzig in der Stadtverordnetenversammlung von einem Redner mitgetheilt worden ist, zustimmend aufgenommen: das kais. Kanalamt zu Kiel, die königl. Regierung zu Stralsund, die königl. Regierung zu Köslin, der Rath der Städte Leipzig, Mannheim, Gotha, Rudolstadt, der Magistrat der Städte Karlsruhe, Tilsit, Hannover, Nördlingen, Ansbach, Ulm a. D., Frankfurt a. M., das Landesdirectorium, die Oberpostdirection, Handelskammer, Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt, Eisenbahndirection, Direction der landschaftlichen Brandkasse, königl. Klosterkammer, Leibniz- und höhere Töchterschulen, sämmtlich in Hannover, das Feld-Artillerie-Regiment Scharnhorst.

Hoffentlich werden die Behörden Westpreußens sich diesem Verhalten anderer Behörden bald anschließen.

Der verschwundene Landrath.

Der Kreis **Grimmen** ist seit längerer Zeit in Unkenntniß über den derzeitigen Aufenthalt seines Landraths. Neuerdings veröffentlicht das „Greifswalder Tageblatt" folgenden Schmerzensschrei:

„Seit September vorigen Jahres schwebt ein Strafverfahren gegen einen in unserem Kreise ansässigen Großgrundbesitzer, welcher beschuldigt ist, den königl. Landrath Osterroht durch ein Anschreiben beleidigt zu haben. Die Denunciation war erfolgt durch die königl. Regierung zu Stralsund, welche damit die Sache des Landraths zu der ihrigen machte. — Am 29. Dezember vorigen Jahres sollte vor der Strafkammer zu Greifswald verhandelt werden. Als einziger Belastungszeuge war der königl. Landrath Osterroht geladen. Plötzlich wurde der Termin vertagt: der „wegen Krankheit beurlaubte" „Herr" Landrath unseres Kreises, der Zeuge Osterroht war „unbekannt verzogen". Man wundert sich darüber, daß sogar Herr Regierungspräsident Scheller zu Stralsund, der doch voraussichtlich von der zuständigen Behörde über den Verbleib des seiner dienstlichen Aufsicht unterstehenden Beamten befragt worden sein dürfte, offenbar nichts darüber hat aussagen können. Man wundert sich mit Recht um so mehr, als „Herr" Osterroht noch heute für die Oeffentlichkeit wohlbestellter königl. preußischer Landrath ist.

Preußische Behörden pflegen doch sonst den Aufenthalt ihrer Beamten zu kennen.

Der Bergarbeiterausstand.

Aachen, 6. Febr. Auf allen Gruben der vereinigten Gesellschaft ist die Zahl der Ausständigen heute **wesentlich geringer.** Auf der Grube „Anna" des Eschweiler Bergwerksvereins fehlen heute nur etwa 100 Mann. Ebenso ist auf der Grube „Nordstern" der Firma Honigmann die Zahl der Ausständigen bedeutend geringer.

Wien, 6. Febr. Meldungen aus Karlsbad, Falkenau, Ostrau, Karwin, Brüx, Rokytzan und Kladno bezeichnen die Lage des Ausstandes bei stellenweiser Besserung als ziemlich **unverändert.** Es kamen keine Ruhestörungen vor.

Wien, 6. Febr. Der **Bergarbeiter-Ausstand in Böhmen** dauert noch ungeschwächt fort.

Stürmische Scenen im spanischen Senat.

Madrid, 7. Febr. Der Senat war gestern der Schauplatz stürmischer Scenen. Veranlaßt wurden dieselben durch die Behauptung des Grafen Almenas, daß man von militärischer Seite den von ihm gestellten Antrag zu hintertreiben suche, welcher verlange, daß diejenigen, welche den Verlust der Colonien verschuldet haben, zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Almenas fügte hinzu, die Generäle und die Regierung, welche Spanien entehrt hätten, seien unwürdig und ehrlos, und verlas einen Artikel der Pariser „Aurore", in welchem mehrere spanische Generale Verräther genannt werden. Da Almenas sich weigerte, die beleidigenden Ausdrücke zurückzunehmen, beschloß der Senat, in geheimer Sitzung hierüber weiter zu verhandeln. In derselben weigerte sich Almenas, Aufklärungen zu geben, worauf ein Tadelsvotum gegen ihn angenommen wurde. Almenas erwiderte hierauf, das sei ihm gleichgiltig, er sei entschlossen, in seiner Haltung zu verharren.

Aus Anlaß dieser Zwischenfälle fand ein Ministerrath statt, in welchem die Regierung sich darüber schlüssig machte, wie sie sich zu verhalten habe, falls ähnliche Scenen sich wiederholen sollten. Auch dürfte die Haltung des ehemaligen General-Capitäns von Madrid, General Castellanos, zur Sprache gekommen sein, von welchem es heißt, daß er ein Gesinnungsgenosse des Grafen Almenas sei.

Die österreichische Verständigungsconferenz.

Im österreichischen Ministerrathspräsidium fand gestern Nachmittag die zweite Sitzung der von der Regierung einberufenen Verständigungsconferenz statt, welche sich mit den mährischen Angelegenheiten beschäftigte. An der Sitzung nahmen mit Ausnahme des Abgeordneten Baron d'Elvert, der amtlich verhindert war, sämmtliche Vertreter der mährischen Parteien und von der Regierung Ministerpräsident Dr. v. Körber, der Justizminister Freiherr v. Spens und Minister Dr. Rezek Theil. Es wurde zunächst eine allgemeine Debatte über die nationalen Verhältnisse in Mähren geführt und von allen Seiten die dringende Nothwendigkeit einer Verständigung über die strittigen Fragen im Interesse der Herstellung des ersehnten Friedens betont. Die Conferenz beschloß nach einem längeren Meinungsaustausch, in der nächsten Sitzung in die meritorische Berathung über die Grundzüge der Regelung der Sprachenfrage bei den landesfürstlichen und autonomen Behörden Mährens einzugehen. Im Verlauf der Berathung wurde allgemein der lebhafte Wunsch ausgesprochen, daß der vom mährischen Landtage eingesetzte Permanenzausschuß bezw. dessen Subcomité baldigst einberufen werde, um über die ihm vorliegenden Berathungsgegenstände mit thunlichster Beschleunigung zu einer Beschlußfassung zu gelangen. — Die nächste Sitzung der mährischen Vertreter ist für Montag in Aussicht genommen.

Abschluß der britischen Adreßdebatte.

Im weiteren Verlaufe der gestrigen Verhandlungen im englischen Parlament bemerkte der Parlamentssecretär des Kriegsamts Wyndham, es liege Grund vor anzunehmen, daß aus den Forts rund um Pretoria viele Geschütze nach der Front gesandt worden seien. Ueber die in Pretoria gebliebenen Geschütze liege keine vollständige Information vor; einige Kanonen hätten eine Schußweite von mehr als 10 000 Yards; der Ende Dezember abgesandte Belagerungstrain habe Geschütze mit derselben Schußweite gehabt. Unterstaatssecretär Brodrick erklärte, die zwischen England, Deutschland und Amerika abgeschlossene Samoa-Convention sei vom Senat der Vereinigten Staaten am 29. Januar genehmigt worden. Die formelle Ratification werde unverzüglich ausgetauscht werden. Bis dahin trete die Convention nicht in Kraft. In Folge dessen sei auch auf Upolu und Sawaii eine deutsche Verwaltung noch nicht eingesetzt worden. — Was die französische Niederlassung in Schanghai betreffe, so sei der Haupteinwand der englischen Regierung gegen die Ausdehnung derselben auf den Umstand zurückzuführen, daß gewisse britische Besitzobjecte in die geplante Abmachung Chinas mit Frankreich einbezogen würden. Von der französischen Regierung seien jetzt befriedigende Zusicherungen erlangt worden, wonach alle municipalen Anordnungen dem britischen Gesandten in Peking unterbreitet werden sollen, bevor sie auf britische Unterthanen Anwendung fänden und wonach alle britischen Besitztitel gesichert seien. Salisbury habe daraufhin den Einwand gegen die Ausdehnung einerseits der französischen Niederlassung, andererseits der englisch-amerikanischen und anderer internationaler Niederlassungen, deren Errichtung jetzt vereinbart worden sei, zurückgezogen. — Brodrick verlas sodann die Bedingungen der seitens Rußlands Persien gewährten Anleihe, wie sie im „Journal de St. Pétersbourg" veröffentlicht worden sind, und fügte hinzu: Wir haben keinen Grund, anzunehmen, daß irgend welche Abmachung besteht, wonach die Zolleinnahmen von Bender Abbas an Rußland verpfändet würden. Darauf ergriff der Colonialminister Chamberlain das Wort. Derselbe bestätigte, daß Thomson nach den Tonga-Inseln gesandt worden ist, um mit dem König die nunmehrigen internationalen Beziehungen der Inselgruppe, wie sie sich durch den englisch-deutschen Vertrag vom November gestaltet haben, zu erörtern. — Unterstaatssecretär Wyndham erklärte darauf, gegenwärtig seien keine Maßregeln zum Ersatz der aus Indien nach Südafrika geschickten Truppen beabsichtigt. Balfour bemerkt, Nahrungsmittel als solche seien von England nie als Contrebande betrachtet worden. Aber Nahrungsmittel, die für eine im Felde stehende Armee bestimmt seien, würden von den Staatsrechtslehrern einstimmig als Contrebande angesehen. Dillon fragt, auf Grund welchen Beweismaterials die Frage ent-

---

Hans Eickstedt.

Roman in zwei Bänden von Anna Maul. (M. Gerhardt*)

13) [Nachdruck verboten.]

Es handelte sich um ein Stück, ein modernes sociales Trauerspiel, das Hans geschrieben, der Intendanz der Hoftheater eingereicht und vor einer Woche etwa zurückgeschickt erhalten hatte, weil es zur Aufführung ungeeignet befunden worden war.

„Der übliche Anfang", sagte Hans. „So alltäglich, daß es — kaum lohnt, Worte darüber zu machen. Die Sache ist nur: kann ich nicht mehr als das erste beste faselnde Dichterlein, das die Eitelkeit kitzelt, Tragödien zu schreiben, so bin ich kein blinder Narr gewesen, sondern ein Verbrecher, denn die zwei schmählich verschleuderten Jahre meines Lebens habe ich meiner Mutter gestohlen."

Er war aufgesprungen und ging aufgeregt in dem engen Zimmer umher.

„Ein Mensch mit gesunden Sinnen und kräftigem Empfinden, der hinaustritt in dies Weltgetriebe, muß der nicht gepackt werden von heiligem Zorn, von glühendem Mitleid, von dieser wunderbaren Erkenntniß des Einsseins aller Menschgeborenen. Er sieht den alten ewigen Kampf um Brod und Recht, um Glück und Macht, sieht Götter stürzen und Sklaven ihre Ketten brechen. Millionen Strahlen der Außenwelt sammeln sich wie in einem Brennspiegel im seinem Geist. Aber vermag er sie nicht zusammenzufassen mit souveräner Schöpferkraft zum Flammenblitz, der zündend nach außen fällt, so soll er sich's nicht träumen lassen, ein Dichter zu sein."

„Wenn Sie aber diese Kraft in sich fühlen", sagte Gertrud, vor Mitgefühl bebend, „so darf ein erster Mißerfolg — irgend ein einseitiges Urtheil, käme es auch von berufenster Seite, Sie nicht an sich irre machen."

„Wenn!" erwiderte Eickstedt, vor ihr stehen bleibend. „Ich habe mir gesagt, diese Zurückweisung ist ein Ehrendiplom, die hohe Intendanz kann mein Stück gar nicht aufführen, weil ihr ganzes altersschwaches System damit in die Brüche ginge. Ich suche Wahrheit, Wahrheit ohne Scheu und Schonung, alles Menschliche ist mir heilig, aus den innersten Seelentrieben entspringt mir der dramatische Nerv der Handlung, ich kenne weder Regeln noch Vorbilder. Jene aber suchen — was sie Schönheit nennen, das heißt die Phrase, die Theaterpose, den antiken Faltenwurf, nebst Schminke und Schönpflästerchen."

„Nun also!"

„Ja, es hilft nichts, ich muß Erfolg haben, vollen durchschlagenden Erfolg. Ich muß vor das Publikum treten, mit ihm ringen, es mir unterwerfen, daß es mich hört, sich gefangen giebt in meine Geisteswelt. — Erzwinge ich das nicht, dann — besser Acten schreiben als Buchdramen."

„Aber es giebt doch noch viele andere große Theater —" wandte Gertrud ein.

„O, ein paar Dutzend! Hoftheater, Stadttheater, was Sie wollen. Ich kann mich, wenn es mir sonst Vergnügen macht, Jahr und Tag mit meinem Stück von Thür zu Thür herumbetteln, aber eh' ich —"

„Geben Sie es mir!" rief Gertrud. „Bitte, bitte, geben Sie mir Ihr Manuscript, bevor Sie einen Entschluß fassen!"

„Gut, Sie sollen entscheiden, ob es ins Feuer wandert", erwiderte Eickstedt, stand auf, ging zu dem Stuhl, auf dem er seine Sachen niedergelegt, nahm ein in Papier geschlagenes Heft, das darunter lag, auf und überreichte es Gertrud. „Hier ist das Stück."

Das kam unerwartet. Sie nahm das Heft in beide Hände wie eine zerbrechliche Kostbarkeit und stammelte überwältigt: „Aber ich — könnte doch nur sagen, wie mir dabei ums Herz ist — ich habe ja über die ästhetischen Bedingungen eines Dichtwerks gar kein Urtheil, verstehe nichts von dramatischer Technik."

Hans lachte herzlich.

„Das ist ja eben das große Glück, daß Sie kein Professor der Aesthetik sind, auch keiner der großen Sterne an unserem Dichterhimmel. Daß Sie nicht aus dem Dunstkreis verblichenen Ruhmes, zopfiger akademischer Weisheit heraus orakeln, sondern aus dem warmen ursprünglichen Empfinden Ihres jungen Herzens urtheilen werden. Ich schreibe nicht für Aesthetiker, noch für literarische Autoritäten. Mit ihrer kurzen Elle will ich nicht gemessen werden. Ich schreibe für das deutsche Volk, und dessen idealer Repräsentant sind Sie mir, Gertrud."

Es klopfte. Die beiden jungen Leute, die ihre Umgebung vollkommen vergessen hatten, schraken zusammen. Gertrud lief an die Thür und öffnete eine Spalte.

„Wir sind schon beim Thee, Fräulein Pilgrim", meldete draußen eine Pensionärin.

„Danke, Fräulein Böhm, ich komme gleich."

Eickstedt griff nach seinem Hut.

„Bleiben Sie ruhig", bat Gertrud. „Ich komme schon zu meinem Recht. Es würde auch nicht angenehm für Sie sein, durch das Berliner Zimmer zu gehen, während das Pensionat beim Thee sitzt."

„Ich fürchte mich vor keiner Dame zwischen achtzehn und achtzig", erklärte er heldenmüthig. „Nun also, Gertrud — aber wir haben ja ganz vergessen, unseren Verwandtschaftsbund zu befestigen — zwar ich nenne Sie schlechtweg Gertrud, als könne das garnicht anders sein, aber Sie haben meinen Vornamen nicht ein einzig Mal über die Lippen gebracht."

„Von jetzt ab also Hans."

Er bot ihr seine Hand und fragte: „Wann darf ich wiederkommen?"

Gertrud zögerte. „Soll ich lieber schreiben? — Gelesen habe ich das Stück natürlich morgen schon, aber ob ich schnell mit mir darüber ins Reine komme —"

„Geben Sie mir Ihr Urtheil nur frisch vom Faß, ohne langes Erwägen. Soll ich Ihnen das Ding vorlesen?"

„Nein, nein, lassen Sie mich lieber allein damit", lehnte Gertrud ohne Besinnen ab. „Ein ander Mal — wenn Sie Lust hätten, sich hier mit mir einzusperren — die lauschenden Ohren draußen sollen uns nicht anfechten

Eickstedt gab ihr seine Adresse, die aber nur bis ersten April Giltigkeit habe. Seine Wirthin gehöre zu den sehr wenigen Damen, mit denen er nicht auszukommen vermöge. Eine neue Wohnung hatte er noch nicht, aber es blieben ja noch volle drei Tage, sie zu suchen.

„Also ich komme, sobald Sie mich rufen, und mache mich auf ein kritisches Sturzbad gefaßt. Nur keine mitleidige Schonung! — Aber spannen Sie mich nicht zu lange auf die Folter."

„Ich komme mir schon wie Rhadamantus vor", lachte Gertrud mit geheimem Bangen. „Fürchterlich erhaben in meiner unfehlbaren Richterwürde. Wie nun, wenn mein Verdict ganz vernichtend ausfällt!"

„Dann steigt der Jurist als Phönix aus der Asche — zur allgemeinen großen Auferbauung!" erwiderte Eickstedt und rückte den Kopf mit festem Selbstbewußtsein in den Schultern höher. „Seien Sie ganz ruhig, liebe Gertrud, ich bin kein Schwächling. An einer vernichteten Hoffnung geht man nicht zu Grunde. Lieber Holzhacker als Dichter invita Minerva." (Forts. folgt.)

schieden würde. Balfour entgegnet, der Thatbestand müsse durch das Prisengericht festgestellt werden. Dillon: Ist es die Absicht der britischen Regierung, die britischen Kreuzer anzuweisen, alle nach Lorenzo Marques bestimmten Schiffsladungen mit Beschlag zu belegen, bis ihr Charakter durch das Prisengericht festgestellt ist? Balfour: Ich kann über diesen Punkt keine Erklärung abgeben.

Es folgte sodann die Wiederaufnahme der eigentlichen Adreßdebatte und der Abschluß derselben, worüber auf dem Drahtwege gemeldet wird:

London, 7. Februar. Der Liberale **Asquith** führte aus: Der Krieg wurde von der englischen Regierung weder beabsichtigt noch gewünscht. Der Präsident Krüger hätte ihn vermeiden können. Die zu Beginn der Krisis gemachten Vorschläge wurden zurückgewiesen; es folgte die Invasion und die Annectirung britischen Gebietes. Wir erkennen die Pflicht und die Nothwendigkeit, den Krieg fortzuführen an, und werden dabei der Welt ein einiges Parlament und ein einiges Volk zeigen. (Beifall). Das Ziel, welches wir erstreben müssen, muß die Regelung sein, welche beiden Racen in Südafrika gleiche Rechte sichert. Der leitende Grundsatz soll nicht Superiorität, sondern Gleichheit sein, der überwiegende Einfluß einer Race soll nicht durch den einer anderen ersetzt werden. (Lauter Beifall bei den Oppositionellen). Darauf sprachen noch zahlreiche andere Redner. Der frühere liberale Kriegsminister **Campbell Bannermann** trat für das Recht der Opposition ein, die Regierung zu tadeln, da die Gallier keineswegs vor den Thoren Roms ständen. Das Land sei keineswegs gedemüthigt, es vollbrachte Bewundernswerthes. Die **Opposition wünsche die Fortführung des Krieges** zu einem baldigen Ende, sie wünsche Friede und Eintracht in Südafrika und einen Kriegsabschluß, welcher Schutz gegen den bewaffneten Einfall und gegen das Rassenübergewicht gewährt und politische Gleichheit herbeiführt. **Balfour** führte aus, der Tadelsantrag bedeute nur einen Angriff gegen **Chamberlain.** Dieser könne sich darüber hinwegsetzen; in seiner Amtszeit sei Britannien zuerst sich voll bewußt gewesen, was es ist und welche Bestimmung es hat. Seinem Talente sei der Zusammenschluß aller Colonien im Kampfe für das Mutterland zu danken. Chamberlains Name werde immer mit dem jetzigen großen Augenblick in der Geschichte Englands verknüpft sein. Balfour erbat schließlich die Ablehnung des Antrages, damit nicht das Ausland, sowie Transvaal die Annahme als eine günstige Gelegenheit auffaßten.

Nachdem die Liberalen Harwood und Shaw vergeblich Fitzmaurice um Zurücknahme des Antrages auffordern, erfolgt die Abstimmung, die **die Verwerfung des Antrages Fitzmaurice** mit der stattlichen Mehrheit von 352 gegen nur 139 Stimmen ergab.

Vom Kriegsschauplatze in Natal

ist heute auf dem Drahtwege nur Folgendes eingegangen:

London, 7. Febr. Reuters Bureau meldet unter dem 5. Februar aus dem Boerenlager am Modderspruit bei Ladysmith: Anhaltendes Geschützfeuer ist seit heute früh 5 Uhr im Gange. Dann und wann hört man den Donner des „Langen Tom". Das Feuer dauert an.

Die merkwürdig vagen Meldungen über Bullers angeblichen dritten Vorstoß nach Ladysmith haben vielfach auch wieder den Verdacht erweckt, daß es sich um die Verschleierung eines neuen Mißerfolges der Engländer handelt. Aus London wird der „Voss. Ztg." hierzu von Montag geschrieben:

„Wir wissen auch jetzt noch nichts Positives, nichts Endgiltiges über General Bullers Bewegungen, aber hier in London wenigstens ist alle Welt darüber einig, daß er am Freitag oder in der Nacht des Freitag zum Sonnabend seinen dritten Vormarsch auf Ladysmith begonnen. Die Nachrichten darüber sind mehr denn mager. Am Sonntag Abend berichtete eine Privatdepesche, daß nach Mittheilung der „Times of Natal" Buller seit 48 Stunden erneut den Uebergang über den Tugela und die Durchbrechung der feindlichen Linien versuche, indeß sei eine Veröffentlichung irgend welcher Einzelangaben unzulässig. In den Militärclubs circulirten um dieselbe Zeit Gerüchte von einer erneuten Niederlage Bullers. Aber nichts absolut Greifbares lag vor, um diese vagen Meldungen zu bestätigen. Dagegen bestätigt sich jetzt in der That und so zu sagen halbofficiell, daß Buller in seiner Ansprache an die Truppen zur Meldung der Königin hinzugefügt, er hoffe, innerhalb einer Woche in Ladysmith zu sein. Diese Woche ist inzwischen abgelaufen. Aber gerade das drängt immer wieder den Verdacht auf, daß alle diese Meldungen aus Durban, Pietermaritzburg und Ladysmith nur Echos dieser Rede sind, durch Boten nach Maritzburg überbracht, und dort geglaubt. Unverständlich bliebe nur, weshalb dann die Censur diese Meldungen durchläßt, die schließlich, wenn unbestätigt bleibend, nur neue Unruhe hervorrufen, und die Lage der Regierung noch schwieriger machen könnten. Verdächtig ist besonders, daß nichts andeutet, wo Buller den Tugela von neuem überschritten haben sollte. Vorgestern hieß es, er habe den Fluß an der Mündung des kleinen Tugela in den großen resp. an der Schietfurth durchkreuzt, zu welcher ein guter Weg von Springfield aus und danach durch fast offenes Land längs des Onderbrock-Plateaus und dem Arnothill direct nach Ladysmith führt, um sich dicht vor diesem, gegenüber Bagonhill, mit der von Dewrop kommenden Straße zu vereinigen. Heute will eine andere Meldung wissen, Buller habe ein paar alte, nicht mehr benutzte Furthen weithin westlich von der Bagonfurth und südlich von Acton Homes benutzt, und den rechten Boerenflügel in weitem Bogen umgangen. Die Boeren indessen hätten ein neues schweres Geschütz zwischen dem Tugela und Ladysmith, beiden Straßen gegenüber, aufgestellt, Verstärkungen herangezogen, tiefe Gräben über die Straßen gelegt und alle Zugänge befestigt."

Vom westlichen Kriegsschauplatze.

London, 7. Febr. Der Zeitung „Standard" wird vom Kopp Jesdam vom 5. Febr. gemeldet: General Macdonald ist gestern mit der Hochländer-Brigade, einer Batterie Artillerie und einem Regiment Lancers aus dem Lager vom Modderriver in Koodoosberg angekommen. Der Kopp Jesdam beherrscht die Strecke von Kimberley nach Hopen und Douglas. Macdonalds Eintreffen erfolgte gerade zu rechten Zeit, da hierdurch die Vereinigung zweier starker Boerencommandos verhindert wurde. Seine Streitmacht hält jetzt die beiden Ufer des Flusses besetzt. Zwischen den Vorposten ist es bereits zu Plänkeleien gekommen.

Aus dem Norden des Caplandes.

Ein Telegramm aus Colesberg meldet, daß die britischen Streitkräfte sich bis auf sieben Meilen Achtertang genähert hätten.

Mit frischen Kräften, mit einer Colonialdivision ist aus Queenstown der englische Brigadegeneral Braband zur Front abgegangen. Bevor er ausrückte, hielt er an seine Truppen eine Ansprache, in der er die Hoffnung aussprach, sie würden nicht eher zurückkehren, als bis ihre Aufgabe erfüllt sei. Wenn seine Absichten ausgeführt seien, würde auch der rabiateste Kampfhahn zufrieden sein.

Lord Kitchener,

der Generalstabschef des Obercommandirenden Marschall Roberts, soll nach einer englischen Meldung der „Tägl. Rundschau", sofort nach seiner Ankunft in Capstadt wieder nach Aegypten zurückbeordert worden sein, wegen der dort drohenden Unruhen. — Bestätigung bleibt abzuwarten.

Deutsches Reich.

* **[Ueber die Aussichten der Kanalvorlage]** hat sich der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe, **Frhr. v. Wangenheim**, am Sonnabend in einer Bundesversammlung in Hamm dahin ausgesprochen: „Ob die Kanalvorlage wiederkommt, ich weiß es nicht. Kommt sie abermals, so wird sie wieder abgelehnt werden. Hoffentlich kommt sie dann nicht wieder."

* **[Wahlcassirung.]** Wie schon kurz berichtet, ist von der Wahlprüfungscommission des Reichstags die Wahl des der Gruppe des Bundes der Landwirthe angehörenden Abgeordneten Harriehausen (Northeim) für ungiltig erklärt worden. Ausschlaggebend für diesen Beschluß war die durch Beweiserhebung festgestellte Beeinflussung der Kriegervereine durch ein Rundschreiben des Vorstandes des Kreis-Krieger-Verbandes Einbeck, dessen Vorsitzender der Landrath des Kreises ist, zu Gunsten der Candidatur Harriehausen. Die Nachwahl in diesem Kreise dürfte zu einem heißen Wahlkampfe führen, da der Bund der Landwirthe, Nationalliberale und Socialdemokraten ungefähr gleich stark sind, und jede Partei alles daran setzen wird, in die Stichwahl zu gelangen.

* **In Dresden** schwebt ein ernster Conflict zwischen der großen **Betriebskrankenkasse** der sächsischen **Staatseisenbahnen** und den **Kassenärzten.** Diese erhielten bisher für eine Consultation in der Sprechstunde 0,75 Mk., verlangen jetzt aber 1 Mk. Man hat diese Forderung zuerst bei der genannten Kasse durchzusetzen versucht, ist dabei aber auf eine völlige Ablehnung gestoßen. Da alle Einigungsversuche erfolglos blieben, so wurde die Entscheidung der königlichen Kreishauptmannschaft Dresden angerufen. Diese Behörde hat gegen die Aerzte entschieden. Sie sprach aus, daß die von den Aerzten mit den Kassen abgeschlossenen Verträge aufrecht zu erhalten seien, und 0,75 Mk. für eine Consultation in der Sprechstunde eine durchaus standesgemäße Bezahlung sei.

Frankreich.

Paris, 7. Febr. Blättermeldungen zufolge fand ein Polizeiagent gestern Nacht im Fensterrahmen des von **Cavaignac** auf dem Boulevard Malesherbes bewohnten Hauses eine Schachtel mit brennendem Dochte, bei dessen Auslöschung er sich die Hand verletzte. Die Schachtel enthielt verschiedene **Explosivstoffe**, Revolverpatronen, Eisen und Bleistücke. Dem „Matin" zufolge ergab die Untersuchung, daß die Entzündung der Sprengstoffe gefährliche Wirkungen verursacht haben würde. Der Thäter ist nicht ermittelt, obwohl der Polizist zwei sich eilig entfernende Personen noch bemerkt hatte.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 7. Februar.

Wetteraussichten für Donnerstag, 8. Febr.: und zwar für das nordöstliche Deutschland:
Kalt, feucht, Niederschläge, meist bedeckt. Windig.

* **[Besichtigung.]** Der Geh. Admiralitätsrath Langner und Marine-Baurath Kohn v. Jaski vom Reichsmarineamt werden am 8. d. M. hier anwesend sein, um sich über den Bau der Kanonenboote „Tiger" und „Lux" zu informiren.

* **[Provinzial-Ausschuß.]** Die gestern begonnene und heute Vormittag fortgesetzte Sitzung des Provinzial-Ausschusses der Provinz Westpreußen war heute gegen Mittag beendet. Als Staatscommissare wohnten derselben wiederum die Herren Ober-Präsidialrath v. Barnekow und Regierungsrath Busenitz bei. Ueber die wesentlichsten Verhandlungen hoffen wir demnächst einen autorisirten Bericht mittheilen zu können.

* **[Liberale Bezirksversammlungen.]** Gestern waren bekanntlich 50 Jahre verflossen, seit König Friedrich Wilhelm IV. im Adlersaale des königl. Schlosses zu Berlin vor der dort versammelten preußischen Volksvertretung „feierlich, wahrhaftig und ausdrücklich vor Gott und Menschen gelobte", die unterm 31. Januar 1850 erlassene Verfassung fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit ihr zu regieren. Diesen politisch wichtigen Denktag hatte sich eine Anzahl liberaler Mitbürger ausersehen, um in zwei geselligen Zusammenkünften, welche gestern Abend für verschiedene Bezirke der Rechtstadt und der Altstadt stattfanden, sich des Jubiläums unserer Verfassung zu erinnern. In beiden Versammlungen fanden kurze Vorträge durch zwei Vorstandsmitglieder des hiesigen freisinnigen Wahlvereins über die geschichtliche Entwicklung des Constitutionalismus in Preußen, das Zustandekommen der geltenden Verfassung und die Bedeutung ihrer vornehmlichsten Bestimmungen statt, wonächst in vertraulichem Beieinandersein noch ein reger Gedankenaustausch über verschiedene das politische Leben beschäftigende Fragen stattfand.

* **[Handwerkskammer.]** Am 27. d. Mts. findet die erste Vorversammlung der westpreußischen Handwerkskammer im Landeshause behufs Berathung verschiedener Verwaltungsgegenstände statt. Die erste Hauptversammlung soll in den ersten Tagen des Monats April abgehalten werden.

* **[Grabdenkmal.]** Dem im Juli v. Js. auf dem hiesigen alten Heil. Leichnam-Kirchhof begrabenen Hrn. Ober-Regierungsrath Dr. Carnuth aus Königsberg haben die Directoren und Lehrer der höheren Lehranstalten der Provinz Ostpreußen ein prächtiges Grabdenkmal setzen lassen, das von der hiesigen Steinmetzfirma W. Dreyling im Stile des Denkmals für Herrn Landeshauptmann Jaeckel angefertigt, auch bereits aufgestellt und von einer Deputation von Schuldirectoren abgenommen worden ist. Das Denkmal, etwa drei Meter hoch, aus schwarzem schwedischen polirten Granit auf Granitsockel stehend, trägt auf der Vorderseite die Inschrift:

„Hier ruht
Oberregierungsrath Dr. Otto Carnuth, Director des königl. Prov.-Schul-Collegiums in Ostpreußen.
Geb. d. 26. September 1843.
Gest. d. 14. Juli 1899."

und auf der Rückseite die Inschrift:

„Ein Denkmal der Liebe und Verehrung, gewidmet von den Directoren und Lehrern der höheren Lehranstalten Ostpreußens."

Da die Abnahme zur vollsten Zufriedenheit ausgefallen ist, ist dem Inhaber der Firma W. Dreyling, Herrn Architekten Curt Dreyling, ein Dankes- und Anerkennungsschreiben aus Ostpreußen zugegangen.

* **[Von der Weichsel.]** Die Weichsel ist im preußischen Gebiet, von vereinzelten Schollen abgesehen, eisfrei. Der Eisstand der Nogat ist unverändert.

Heutige Wasserstände: Bei Thorn 2,40, Fordon 2,54, Culm 2,54, Graudenz 3,04, Kurzebrack 3,56, Pieckel 3,98, Dirschau 4,30, Einlage 3,08, Schiewenhorst 2,78, Marienburg 2,02, Wolfsdorf 2,06 Meter.

Aus Warschau wird heute 2,46 (gestern 2,21) Meter Wasserstand gemeldet.

* **[Kunstarbeiten für die Pariser Ausstellung.]** Herr Bildhauer Fentzloff hierselbst ist gegenwärtig mit Herstellung von größeren Relief-Darstellungen des unteren Weichselgebiets und der neuen Mündung der Weichsel sowie der Wirksamkeit der Eisbrechdampfer auf der unteren Weichsel beschäftigt, welche für die Pariser Weltausstellung bestimmt sind. Nähere Mittheilungen darüber behalten wir uns bis nach Vollendung der Arbeit vor.

* **[Beförderung.]** Herr Marine-Ober-Baurath und Maschinenbau-Betriebs-Director Uthemann von der hiesigen kais. Werft ist zum Geheimen Marine-Baurath und Maschinenbau-Director ernannt worden.

* **[Sanitäts-Colonnen-Congreß.]** Am 9., 10. und 11. Juni d. J. wird bekanntlich in Thorn ein Colonnentag der Freiwilligen Sanitäts-Colonnen der nördlichen und östlichen Provinzen (Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien, Brandenburg und Posen) stattfinden. Das Comité, welches sich zu dieser Veranstaltung gebildet hat, besteht aus den beiden Ehrenvorsitzenden: dem

Die Direction der National-Hypotheken-Credit-Gesellschaft vor Gericht.

Stettin, den 6. Febr. Der bereits einmal vertagte Prozeß gegen die Aufsichtsräthe und Directoren der National-Hypotheken-Credit-Gesellschaft nimmt heute (Dienstag) vor der ersten Strafkammer des hiesigen königlichen Landgerichts seinen Anfang. Angeklagt sind 1. der Rittergutsbesitzer Graf Henning v. Arnim-Schlagenthin (Nassenheide), 2. der Rittergutsbesitzer Julius Hempel (Pribbenow), 3. der Brauereibesitzer Robert Meyer (Stettin), 4. der Bankdirector Johannes Thym (Stettin), 5. der Bankdirector Karl Uhsadel (Stettin), 6. der Bankdirector Arthur v. Blumenthal (Berlin). Diese werden beschuldigt, in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsräthe und Directoren der genannten Bank von 1893 bis einschließlich 1896 die Bilanzen der Gesellschaft gefälscht zu haben, um den seit Anfang der 1890er Jahre eingetretenen Vermögensverfall zu verdecken. Ferner wird den Angeklagten zur Last gelegt, durch wissentlich falsche Darstellung des Vermögensstandes der Genossenschaft, bezw. durch Auskunftsertheilung, eine große Anzahl „kleiner Leute" veranlaßt zu haben, Genossenschafts-Pfandbriefe zu hohen Coursen zu kaufen, theils auch von dem Verkauf solcher Pfandbriefe Abstand zu nehmen. Die Angeklagten sollen auch den Staatscommissar über den wahren Vermögensstand der Gesellschaft getäuscht, ferner das dem Grafen v. Arnim (Vorsitzenden des Aufsichtsraths der Gesellschaft) gehörende Gut Nassenheide zu hoch beliehen, eine große Anzahl ungedeckter Pfandbriefe widerrechtlich in Umlauf gebracht, ferner sehr hoch beliehene Güter gegen minderwerthige Häuser eingetauscht, Leuten über den Werth der Hypotheken, die auf den von ihnen beliehenen Gütern lasteten, falsche Angaben gemacht und außerdem bei einem Gutsverkauf sich der Stempelhinterziehung schuldig gemacht haben. Im Jahre 1897 soll festgestellt worden sein, daß der Mehrumlauf der Pfandbriefe 3 437 504,13 Mark betrug, daß eine jährliche Zubuße von 200 000 Mark erforderlich und eine Ueberschuldung von 3 808 734,44 Mk. vorhanden war. Als dies bekannt wurde, sollen die Pfandbriefe der Genossenschaft an der Berliner Börse um 30 v. H. gefallen sein. Der Schaden der Genossen soll sich auf 1 Million Mk. belaufen. Die Angeklagten haben sich daher wegen Urkundenfälschung, Stempelhinterziehung und Verletzung des Genossenschaftsgesetzes zu verantworten. Die am 23. Januar bereits angestandene Verhandlung ist vertagt worden, weil der Angeklagte Thym krank war. Der Hauptangeklagte, Graf v. Arnim-Schlagenthin, Sohn des verstorbenen Botschafters des deutschen Reiches bei der französischen Republik, Wirklichen Geheimen Raths Dr. jur. Grafen Harry v. Arnim, wird vertheidigt von Justizrath Dr. Sello und den Rechtsanwälten Lobe und Dr. Berbig-Berlin. Die Verhandlungen leitet Landgerichtsdirector **Gentz.** Die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt **Petersohn.** Man rechnet auf eine Verhandlungsdauer von mindestens vier Wochen. Es sind nicht weniger als 16 Sachverständige zugezogen, vorwiegend Bankdirectoren und Bücherrevisoren, da die langwierigen Verhandlungen sich vorwiegend um Bank- und Handelsfragen drehen werden. Der Prozeß scheint in der hiesigen Stadt nicht sehr großes Aufsehen zu erregen, im Zuschauerraum bemerkt man nur wenige Leute.

Nachdem der den Angeklagten Thym behandelnde Arzt erklärt hatte, daß derselbe körperlich und geistig nicht im Stande sein würde, den Verhandlungen zu folgen, beantragte Staatsanwalt Petersohn die Abtrennung der Strafsache gegen Thym und die Weiterverhandlung gegen die übrigen Angeklagten. Rechtsanwalt Wreschner widerspricht diesem Antrage, da ohne Thym eine genügende Aufklärung und sachgemäße Entscheidung nicht möglich sei. Thym sei bei allen Vorgängen betheiligt gewesen. Staatsanwalt: Die Strafprozeßordnung giebt Mittel an die Hand, die Aussagen Thyms auch ohne dessen Anwesenheit zur Kenntniß zu bringen. Dr. Sello: Ich weiß nicht, welche Mittel der Herr Staatsanwalt meinte. Da Thym nicht gestorben ist und auch nicht geisteskrank ist, so gestattet die Strafprozeßordnung auch nicht die Verlesung seiner Aussage. Das Gesetz giebt auch keinen Anhalt für die Unterscheidung, daß jemand auf „absehbare Zeit" nicht verhandlungsfähig sei. Thym war im übrigen die Seele der Geschäftsführung. Der Gerichtshof beschließt, zunächst in die Verhandlung einzutreten und den Angekl. Thym zu vernehmen. Der Angeklagte glaubt, daß er nicht im Stande sein werde, sich auf die Anklage erklären zu können. Der Präsident richtete an ihn eine Reihe Fragen, die der Angeklagte meistens unbestimmt beantwortete. Aus den an ihn gerichteten Vorhaltungen ist zu entnehmen, daß Thym seit der Gründung der National-Hypotheken-Creditgesellschaft (eingetragene Genossenschaft) im Jahre 1871 bis 1897 deren Director war. Seit 1895 bezog er ein Gehalt von 10 800 Mark. Die Gesellschaft hatte den Zweck, den Realcredit der Mitglieder zu fördern und besaß seit dem 30. Oktober 1871 das Privilegium zur Ausgabe auf den Inhaber lautender Hypothekenbriefe. Dem Angeklagten wurden falsche Buchführung, falsche Bilanz und andere Unregelmäßigkeiten bei seiner Geschäftsführung vorgeworfen. Sodann erklärte der Angeklagte, daß er nicht weiter vernehmungsfähig sei und Dr. Kahner bestätigte es auf Befragen. Der Gerichtshof beschloß, die Verhandlung gegen Thym auszusetzen und gegen die übrigen Angeklagten getrennt zu verhandeln. Der Angeklagte Thym wird darauf wieder hinausgetragen. Dr. Sello begründete seine Anträge auf Ablehnung der beiden Sachverständigen wegen Befangenheit. Der Director Joël sei Mitglied eines Schutzcomités der Inhaber von Hypothekenbriefen. Er sei als Sachverständiger von einem Vetter des Untersuchungsrichters, dem ebenfalls als Sachverständigen geladenen Director Hedemann vorgeschlagen worden. Director Hedemann gebe in einem vorliegenden Briefe zu, daß er ein geschäftliches Interesse an der Bestrafung der Angeklagten habe. Das schriftliche Gutachten des Sachverständigen Joël sei in subjectivester Form abgefaßt. Herr Joël sei 18 Jahre bei Herrn Hedemann Buchhalter gewesen und nur ein Jahr lang Director der Sonderhäuser Pfandbriefbank. Ihm fehle also auch die Qualification als Sachverständiger. Weiter beantragte Justizrath Dr. Sello, die als Zeugin geladene Frau Barra aus Berlin zu vernehmen, ob Herr Joël nicht ein Finanzgeschäft unternommen habe, das nach § 138 als ein wucherisches bezeichnet werden müsse. Ferner bitte er, die Zeugin zu befragen, ob nicht der Schwager des Herrn Joël bei ihr gewesen sei und versucht habe, das Finanzgeschäft in einem günstigeren Lichte darzustellen. Der Staatsanwalt bezeichnet die Ablehnung der Sachverständigen als unbegründet. Gegen den Sachverständigen sei eine gegenüber einem bisher als makellos bekannten Manne geradezu horrende Anklage erhoben worden. Er halte es für bedenklich, hier eine Zeugenvernehmung darüber vorzunehmen, da Herr Joël seinen Wohnsitz in Berlin habe und der Vorgang sich in Berlin abgespielt haben solle. Dies Geschäft kann dahingestellt bleiben, das Gericht kann sich mit einer Erklärung des Herrn Joël begnügen. Bevor das Gericht in eine Beweisaufnahme über diesen Punkt eintrete, sollte es erwägen, ob das opportun sei. Die angeführten Momente gegen die Unbefangenheit des Sachverständigen hält der Staatsanwalt für vollständig unbegründet.

Nach einer längeren Pause wurde zunächst Bankdirector Joël gehört. Derselbe bekundete, daß das Schutz-Comité der Pfandbrief-Inhaber gebildet wurde, um den Vorschlag des Vorstandes über Convertirungen zu prüfen. Von der Geltendmachung von Regreßansprüchen gegen den alten Vorstand sei im Comité nicht die Rede gewesen. Angeklagter Graf Arnim: Die Darstellung des Herrn Joël stimmt mit den Thatsachen nicht überein. — Der Sachverständige Joël hält seine Angaben aufrecht. Präs.: Ist es richtig, daß Sie sich bei dem Grafen Arnim um den Directorposten beworben haben? Sachverständiger: Das geschah auf Grund eines Inserates. Präs.: Wollen Sie sich über den Fall Barra äußern? Sachverständiger: Ich bestreite, daß ich jemals Wuchergeschäfte gemacht habe. Präs.: Ist gegen Sie eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gemacht worden? Sachverständiger: Nein. Ich habe mit Frau Barra kein Darlehnsgeschäft gemacht, es handelte sich um den Ankauf eines Hypothekenantheils. Auf Befragen giebt der Sachverständige an, daß er den Prioritätsantheil von 6000 Mk. auf eine Hypothek von 20 000 Mk. erworben habe, wofür formell die ganze Hypothek verpfändet wurde. Präs.: Wieviel Valuta ist bezahlt worden? Sachverständiger: Es wurden die Zinsen abgezogen und die Vermittelungsgebühr eingerechnet. Ich habe etwa 5000 Mk. bezahlt. Frau Barra behielt gegen Zahlung von 6000 Mk. das Rückkaufsrecht. Nach einigen Monaten sei der Rückkauf geschehen. Frau Barra habe ihm die 6000 Mk. bezahlt und freiwillig als Zinsenentschädigung 50 Mk. Auf weiteres Befragen gab der Sachverständige Joël an, daß er 18 Jahre Bankbuchhalter gewesen und dann Director der Sonderhäuser Pfandbriefbank geworden sei. Diese Stellung habe er aber schon nach einem Jahre wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Aufsichtsrath aufgegeben. Vertheid. Dr. Delbrück: Es fällt mir auf, daß man Ihnen für die drei Jahre Ihres Vertrages das Gehalt ausgezahlt hatte. Wir berufen uns auf das Zeugniß des Herrn Zuckermantel von der Firma Schlesinger u. Comp. aus Berlin, daß die Entlassung wegen Geschäftsunfähigkeit stattfand. Der Sachverständige Joël bestritt das. Auf das Zeugniß der Frau Barra wurde verzichtet. Rechtsanwalt Marggraf-Berlin war mit Herrn Joël zusammen Director. Auch er sei zurückgetreten und habe das Gehalt ausgezahlt erhalten. Der Zeuge stellte Herrn Joël das günstigste Zeugniß aus. Nach längerer Berathung beschloß der Gerichtshof, die beiden als Zeugen vernommenen Sachverständigen nicht zu vereidigen, weil es unzulässig ist, solche Sachverständige, die beanstandet werden, als Zeugen zu vereidigen.

Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen v. Goßler und dem Gouverneur von Thorn General der Infanterie v. Amann, dem Ehrenbeisitzer, Oberregierungsrath Freiherrn v. Maltzahn und dem Vorsitzenden Oberstabsarzt Dr. Hering in Bromberg und 25 anderen Herren, welche Vorstandsmitglieder von freiwilligen Sanitäts-Colonnen in den verschiedenen Städten der genannten Provinzen sind. Das Programm ist jetzt wie folgt festgesetzt:

Am 9. Juni, Abends 7 Uhr: Empfang der auswärtigen Gäste im Schützenhause; am 10. Juni, Vormittags 10 Uhr: Feldgottesdienst, im Anschluß daran größere Uebung, Nachmittags 3 Uhr Festessen; am 11. Juni, Vormittags 8½ Uhr: Berathungen und Vorträge und um 11¾ Uhr Ausflug nach dem russischen Bade Ciechocinnek.

An der Uebung werden sich die meisten Colonnen des Verbandes activ betheiligen; voraussichtlich werden 300 Männer und 50 Frauen dabei thätig sein. Jede der Colonnen wird durch den Vorsitzenden des Verbandes, Oberstabsarzt 1. Klasse Dr. Hering, eine bestimmte Aufgabe für diese Uebung erhalten. Für letztere ist bereits ein Leitgedanke von dem Vorsitzenden entworfen worden. Darnach hat auf dem linken Weichselufer südlich Thorn (die als offene Stadt gedacht wird) ein Gefecht stattgefunden. Der Feind ist langsam zurückgegangen. Auf der Bazarkämpe, welche mit dem linken Weichselufer durch Nothbrücken verbunden ist (Annahme), ist ein Hauptverbandplatz errichtet worden. Dort werden die Verwundeten mit dem ersten Verbande versehen und sollen dann mittels Pontonmaschinen und Kähnen auf das rechte Weichselufer übergesetzt und hier theils in auf der Uferbahn bereitstehende Eisenbahnwagen (Hilfslazarethzug), theils in dem zu einem Lazareth eingerichteten Handelskammerschuppen untergebracht werden.

* **[Zum Theaterbau in Danzig.]** Gestern Abend erfolgte in einer Versammlung derjenigen Herren, welche sich im Januar zur Besprechung über das Vorgehen behufs Schaffung eines unserer Provinzial-Hauptstadt würdigen neuen Theaters vereinigt hatten, die Constituirung des damals in Aussicht genommenen „Theater-Vereins zu Danzig", dessen vornehmlichster Zweck die Begründung und Förderung einer Gesellschaft oder Stiftung zur Erbauung eines neuen Theaters sein soll, durch Annahme eines bezüglichen Statuts und Wahl des definitiven Vorstandes. Der Verein soll durch Eintragung in das Vereinsregister die Rechtsfähigkeit zu erlangen suchen. In Aussicht genommen wurde ferner die Veranstaltung einer größeren Versammlung in nächster Zeit, um weitere Kreise für diese Sache zu interessiren und für dieselbe Förderung auf breiterer Basis zu suchen.

Der Vorstand des „Theater-Vereins" wurde wie folgt gewählt: Regierungsrath Schrey, erster Vorsitzender, Bankier Albert Meyer, zweiter Vorsitzender und Schatzmeister, Kaufmann Kawalki, Schriftführer, Kaufmann Dr. Damme, stellvertretender Schriftführer, Commerzienrath Wanfried, stellvertretender Schatzmeister, Commerzienrath Muscate, Director Dr. Meyer, Amtsgerichtsrath v. Rohrscheidt, Regierungs-Baumeister Schade, Dr. Schustehrus und Rechtsanwalt Syring, Beisitzer. Ein Vorstandsrath von 25 Herren soll dem Vorstande zur Seite stehen.

* **[Dienstalterszulagen an Arbeiter der kais. Werft.]** Anfangs Januar d. Js. theilten wir mit, daß den Arbeitern der Marine-Verwaltung und somit auch denen der hiesigen kais. Werft Dienstalterszulagen in Aussicht ständen. Die Sache ist nun unter Festsetzung der nachstehend im wesentlichsten wiedergegebenen Bestimmungen definitiv zur Einführung gekommen.

Um den Arbeitern eine Anerkennung für Anhänglichkeit und Pflichttreue im Dienste einer Marinebehörde zuzuwenden, werden einmalige Lohnerhöhungen als Dienstalterszulagen gewährt. Um ihren Nutzen für die Arbeiter zu erhöhen, werden die Beträge zinstragend angesammelt. Solche Dienstalterszulagen können nur Arbeiter erhalten: a) welche mindestens fünf Jahre ununterbrochen bei einer Marinebehörde beschäftigt waren und während dieser Zeit Pflichttreue im Dienst bewiesen haben; b) welche in jedem späteren Jahre, für welches die Dienstalterszulage gewährt werden soll, ihren Pflichten diensteifrig nachgekommen sind. Ist diese Vorbedingung in einem Jahre nicht erfüllt, wird die Dienstalterszulage für das betreffende Jahr nicht gezahlt. Die Zulage fängt nach fünf Dienstjahren mit 6 Mk. an und steigt jährlich um eine Mark bis zum Ablauf des 24. Dienstjahres, nach welchem sie 25 Mk. beträgt. In dieser Höhe läuft sie weiter fort, steigt aber nicht mehr.

Die Dienstalterszulagen werden fällig im Laufe des letzten Vierteljahres jedes Rechnungsjahres für alle diejenigen Arbeiter, die am Ende des abgelaufenen Kalenderjahres ununterbrochen fünf oder mehr Jahre bei der Behörde beschäftigt waren. Auszahlungen können nur in Nothfällen und nach Anhörung des Arbeiter-Ausschusses vom Leiter der Behörde bewilligt werden. Nach Ablauf des 25. Dienstjahres hört die Sperrung des Sparkassenbuches auf. Die Zulagen werden, sofern das Sparkassenbuch dem betreffenden Inhaber ausgehändigt worden ist, dann baar gezahlt. Wird der Arbeiter ordnungsmäßig von der Behörde entlassen, sei es auf seinen Antrag oder auf Veranlassung der Behörde, so wird ihm sein Sparkassenbuch beim Abgang ausgehändigt. Das Gleiche geschieht, wenn er vom Arbeiter zum Beamten aufrückt. Verläßt der Arbeiter unter Contractbruch die Arbeit, wird das Sparkassenbuch erst in der fünften Woche nach dem Contractbruch ausgehändigt. Bei Todesfällen wird das Sparkassenbuch den legitimirten Erben ausgehändigt.

Einem Arbeiter, dem wegen Mangels an Arbeit von der Behörde gekündigt worden war, wird bei Wiedereinstellung die frühere Dienstzeit bei der Behörde angerechnet.

* **[Scharfschießen.]** Am Donnerstag, den 15. Februar, von Vormittags 8 Uhr bis Nachmittags 3 Uhr wird das Feld-Artillerie-Regiment Nr. 36 in dem Gelände zwischen Barnewitz, Schäferei, Strauchmühle, Renneberg, Grenzlau, Wittstock und Neuewelt ein Scharfschießen abhalten. Zur Absperrung des gefährdeten Terrains werden an allen in dasselbe führenden Wegen Militärposten aufgestellt werden.

* **[Deutsche Colonial-Gesellschaft, Abtheilung Danzig.]** Am 13. Februar wird in der hiesigen Abtheilung Herr Missions-Superintendent D. Merensky vor Damen und Herren im großen Schützenhaussaale einen voraussichtlich die weitesten Kreise interessirenden Vortrag halten, an den sich ein kleines Festessen schließen wird. Herr M. gilt als vorzüglicher Redner. Folgende Notizen über sein Wirken dürften von besonderem Interesse sein:

Herr Missions-Superintendent Merensky ging im Jahre 1858 als Missionar nach Südafrika. 1861 begründete er die Berliner Mission in Transvaal, deren Superintendent er bis 1882 blieb. Er legte dort selbst vier Missionsstationen an, darunter Botoalelo; unter seiner Leitung wurden aber im ganzen 20 Berliner Missionsstationen dort angelegt. 1867 gab er mit F. Seppe die erste Karte von Transvaal heraus. 1874 erwählte ihn die Leopoldinische Akademie der Naturforscher zu ihrem Mitgliede; zum Ehrenmitgliede erwählte ihn 1883 die Geographische Gesellschaft in Jena. Von 1882 an arbeitete er in der Heimath. Im Jahre 1891 führte er eine Missions-Expedition nach dem Konde-Land am Nyassa aus und legte dort zwei Stationen an (Wangemannshöhe und Manow). Von dort aus besuchte er 1892/93 in Südafrika unsere Stationen in Natal, dem Freistaat und Transvaal, besuchte dann auch die Küste von Deutsch-Ostafrika. Seit 1893 arbeitete er mit an der Leitung der Berliner Mission. Er hat herausgegeben: 1875 Karte von Transvaal, 1875 Beiträge zur Kenntniß Südafrikas, 1882 große Karte von Südafrika (4. Aufl.), 1888 Erinnerungen aus dem Missionsleben, 1886 Wie erzieht man den Neger zur Plantagenarbeit (preisgekrönt), 1894 Deutsche Arbeit am Nyassa etc. etc. Gegenwärtig arbeitet Herr D. Merensky an einem Atlas der Berliner Missionsgebiete.

△ **[Oeffentlicher Vortrag.]** Gestern Abend hielt im großen Saale des Schützenhauses Herr Redacteur Reinh. Gerling aus Berlin vor einer überaus zahlreichen Zuhörerschaft einen Vortrag über das Thema: „**Der Nutzen des Naturheilverfahrens für Familie und Staat mit besonderer Berücksichtigung der Krankenkassen.**" Wir entnehmen den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des gewandten Redners folgende Einzelheiten:

Wir befinden uns, so begann Herr Gerling seinen Vortrag, in einer recht schweren Zeit, und besonders ist es die Naturheilmethode, welche einen heftigen Kampf zu bestehen hat. Zwei Gefahren drohen unseren idealen Bestrebungen namentlich, es ist dies in erster Linie das dem Bundesrath bereits zugegangene Seuchengesetz und dann sind es die praktischen Aerzte selbst. Daher müssen wir u. a. sogar in rücksichtsloser Weise diesen Kampf aufnehmen und Alles aufbieten zu unserer Vertheidigung. Wir kämpfen nicht gegen die Person oder gegen die Wissenschaft, sondern gegen die Irrthümer der Wissenschaft; ja, wir sind sogar bestrebt, den Aerzten eine unabhängige und möglichst sorgenfreie sociale Stellung zu gewähren. Es herrscht, das ist nicht von der Hand zu weisen, in Deutschland ein Nothstand unter den Aerzten, es giebt Hunderte von Aerzten, die nicht das Einkommen eines armen Mannes aus dem Arbeiterstande haben. Dieser Nothstand hat zur Erbitterung geführt und zu Unrecht gegen die Naturheilmethode und theilweise auch gegen die Krankenkassen. Nach Ansicht der Aerzte ist das Naturheilverfahren ihr erbittertster Feind, der auf das heftigste bekämpft werden muß. In den letzten 20 Jahren ist das Aerztematerial gewaltig gestiegen und zwar in keinem Verhältnisse zur Einwohnerzahl. Im Jahre 1886 betrug die Einwohnerzahl in Preußen 28 313 833, die Zahl der Aerzte 9347; im Jahre 1899 gab es bei einer Einwohnerzahl von 31 855 123 bereits 16 103 Aerzte. Diesem Andrange müßte staatlicherseits ein Riegel vorgeschoben werden; die jungen Leute müßten rechtzeitig gewarnt werden, sich diesem Studium zu widmen. Nicht wegzuleugnen ist die Thatsache, daß das Vertrauen zur ärztlichen Heilkunde beim Volke zum Theile erschüttert ist. Die Krankenkassen sind nicht schuld an der schlechten materiellen Lage der Aerzte, sondern die Methode. Es ist betrübend, daß die Naturheilmethode, die arzneilose Heilmethode, von den meisten Aerzten verworfen wird. Viele von ihnen freilich, die unsere Methode belacht, geben sich heute schon Mühe, dieselbe kennen zu lernen, bekämpfen aber trotzdem die Vertreter der Methode. Die Naturheilmethode macht die Kranken schneller genesen, sie verwirft jedes Medicament, jede Drogue, jedes Apothekermittel, soweit dies giftig, also schädlich ist. Man müsse hierbei nur genau beobachten, was unter Gift zu verstehen ist. Daß aber fast alle Medicamente für den menschlichen Körper Gift sind, geben ja die Aerzte selbst zu; aus dem Grunde erfolgt ja auch die Ueberwachung der Apotheken durch staatliche Organe. Der Verbrauch an Medicamenten ist gewaltig groß; in einem einzigen Jahre haben dafür unsere Krankenkassen 22 Mill. Mk. verausgabt, das deutsche Volk trägt jährlich 146 Mill. Mk. in die Apotheken. Ein kleiner Rückgang in dem Verbrauch an Medicamenten wird bei den Krankenkassen in den letzten Jahren schon bemerkt, weil neuerdings erfreulicherweise allmählich auch Vertreter der Naturheilmethode und der Homöopathie consultirt worden sind. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen beleuchtete Redner dann näher die enorm hohen Preise, die für die Medicamente gezahlt werden müßten und die in keinem Verhältnisse zu dem wirklichen Werthe derselben ständen. Auch hierin müßte der Staat Abhilfe schaffen. Ferner wendete sich Herr Gerling mit scharfen Worten gegen die Anwendung einzelner Medicamente, was er „gelinde" mit grobem Unfug bezeichnete. Namentlich ging er heftig zu Felde gegen das Creosot, das beliebte Lungenheilmittel, das in Wirklichkeit nur dem Körper schade und dabei viel Geld koste. Bezüglich der Anwendung der Medicamente erinnerte er an einen Ausspruch Schweningers: „Unsere Aerzte wissen selbst, daß die Mittel, die sie verschreiben, meist nicht helfen u. s. w." „Haben wir da noch etwas zu sagen", fuhr Redner emphatisch fort, „wenn Vertreter der Medizin, wenn medizinische Autoritäten selbst über ihre Methoden so urtheilen?!" Wir haben bessere Mittel, unsere Naturheilmethode ist billiger für Familie und Staat. Schon deshalb ist unsere Methode besser, weil bei Anwendung derselben vor allem keine Nachkrankheiten im Gefolge sind, wie dies nach dem Gebrauch von Medicamenten bei Scharlach und Diphtheritis leider fast immer der Fall ist. Ueber diesen Gegenstand verbreitete sich Redner besonders eingehend und warnte die Mütter eindringlichst vor Anwendung der betreffenden Serumarten bei ihren kleinen Lieblingen, die den Keim des Giftes mit sich für's ganze Leben trügen und häufig an Nieren- und ähnlichen Krankheiten später zu Grunde gingen. Die Naturheilmethode erziele auch bei diesen Krankheiten nachweislich die günstigen Erfolge, weil die Behandlung der Kranken auf vernünftiger und naturgemäßer Grundlage beruhe. Auf die Krankenkassen zurückkommend, bemerkte er, daß sich nach der Statistik derselben herausgestellt habe, daß seit der theilweisen Heranziehung von Naturärzten die Resultate der einzelnen Kassen bedeutend günstiger geworden seien. Redner hob dann noch hervor, daß selbst der deutsche Kaiser, seiner eigenen Initiative folgend, die Naturheilmethode praktisch an sich angewendet habe. Auch der „König" Stumm hätte in der Naturheilmethode nach fruchtlosen anderen Versuchen Heilung von einem schweren Leiden gesucht und auch gefunden. Nach diesen Ausführungen wendete sich Herr Gerling gegen die überschnellen operativen Eingriffe; in seiner Erregung nannte er die zu schnellen operativen Eingriffen geneigten Aerzte „Schneidermeister". Auch gegen die angebliche „Manier" von Aerzten, namentlich in den Krankenhäusern, die Patienten als „Versuchskaninchen" zu benutzen, zog Redner scharf und sarkastisch zu Felde. Die von ihm angeführten Fälle sollen namentlich bei deutschen Universitäten vorgekommen sein. (Es gab sich hierbei eine lebhafte Erregung in der Versammlung kund.) Herr Gerling sprach sich weiter gegen den Gebrauch des Alkohols als Heilmittel, gegen die Brunnenkuren und gegen die sogenannte „doppelte Pharmakopoe" aus. Redner hob dann hervor: Ich wiederhole: Wasser, Ruhe, Luft, Bewegung, das sind die wesentlichsten Punkte, die uns gesund erhalten und, wenn wir erkrankt sind, gesund machen. Wir bekämpfen, wie gesagt, nicht die medizinische Wissenschaft; wir achten die Physiologie und die Anatomie hoch, weil sie wirkliche Lehren sind, weil sie wissenschaftlichen Werth haben. Wohl aber gehen wir der Therapie — der Heilkunde — zu Leibe, mag sie Serumtherapie, Organtherapie oder Zimmertherapie (die neueste Forschung) heißen. Hygiene ist eine Liebesthat, eine Charakterbildung. Weil die Aerzte nicht genügende Aufklärung geben, müssen die Naturheilvereine diese Aufgabe übernehmen. Wenn die Aerzte diese Aufgabe erfüllen wollen, dann können wir zurücktreten. Redner schloß unter lebhaftem Beifall mit einem Kampfgedicht.

Nach einer kleinen Pause begann die Discussion. Herr Oberlehrer Dr. Bergmann stellte eine Anfrage wegen der Pockenimpfung, welche Herr Gerling sofort beantwortete. In Rußland würde mehr geimpft wie in Deutschland. An den Pocken tragen die Unsauberkeit und unhygienische Verhältnisse Schuld. Zahnarzt Ahrenfeld verlangte dann nähere Auskunft mit Namennennung über die „Unthaten" in den Krankenhäusern. Herr Gerling antwortete; Dr. Christmann in Zarenhof-Zabern hat einem Patienten Lepraaussatz eingeimpft. Der Patient sei unter großen Schmerzen gestorben. Die Professoren Bergmann und Hahn hätten auf der gesunden Brust einer Frau Krebs gezüchtet, die Frau sei gestorben. Dr. Janson-Stockholm habe 14 Waisenknaben Blattern eingeimpft; die Knaben seien zu Grunde gegangen. Geheimrath v. Ziemßen-München habe an dem Herzen einer Frau experimentirt, bis sie gestorben sei. Der Redner deutete noch weitere Experimente bei Frauen an, die sich jedoch nicht wiedergeben lassen. — Um 10¾ Uhr wurde die Versammlung geschlossen. Ein kleiner Kreis blieb noch lange zusammen. In diesem berichtete Herr Gerling besonders über Erfolge durch Hypnose.

* **[Das diesjährige Bezirks-Wettturnen]** der Turnvereine Männer-Turn-Verein Danzig, Turn-Club Danzig, Turn- und Fecht-Verein Danzig, Langfuhr, Zoppot, Oliva, Neufahrwasser, Neustadt und Pr. Stargard soll im Monat Juni in Zoppot abgehalten werden.

* **[Steuermanns-Sterbekasse.]** Unter Vorsitz des Herrn Münzel wurde gestern im Bildungsvereinshause die Generalversammlung dieser bedeutendsten Kassenvereinigung Danzigs abgehalten, in der zunächst der Bericht über die Verwaltung der Kasse für das Jahr 1899 erstattet wurde, dem wir Folgendes entnehmen: Am Schlusse des Jahres 1898 hatte die Kasse 26 909 Mitglieder, neu aufgenommen wurden 1368 Mitglieder; gestorben sind im verflossenen Jahre 443 und gestrichen 72 Mitglieder; es verblieben sonach 27 759 Mitglieder. Die Einnahme betrug, einschließlich des Kapitalbestandes aus dem Vorjahre von 670 528 Mk., zusammen 794 858 Mk. Die Ausgabe 87 038,85 Mk., so daß am 1. Januar 1900 ein Kapitalbestand von 707 819 Mk. verblieb. Hierzu kommen die ausstehenden Reste mit 9602 Mk. Das Soll beziffert sich sonach auf 717 421 Mk. Das Vermögen der Kasse stieg im Jahre 1899 um 37 290 Mark, die Mitgliederzahl um 853 Personen. Am 1. April v. Js. hatte die Kasse 50 Jahre bestanden und in dieser Zeit 1 244 614 Mk. Begräbnißgeld für ihre verstorbenen Mitglieder gezahlt. Durch Kriegszeiten und Epidemien ist die Kasse in den verflossenen 50 Jahren mehrfach sehr in Anspruch genommen, am meisten durch eine frühere Epidemie, bei welcher 3,5 Proc. der Mitglieder starben; doch hat die Kasse allen an sie herangetretenen Verpflichtungen gerecht werden können. Zu Vorstehern wurden die Herren C. A. Münzel und H. Schröder wiedergewählt, desgleichen die bisherigen sechs Vertrauensmänner.

* **[Unglücksfälle.]** Der Straßenbahnschaffner Mietzker benutzte gestern an seinem dienstfreien Tage Abends 9½ Uhr einen von dem Endpunkte in Strieß nach dem Langfuhrer Depot heimkehrenden elektrischen Zug. Als er auf dem Langfuhrer Markte von dem Hinterperron des Motorwagens während der Fahrt absprang, kam er zu Fall, gerieth mit dem linken Fuß unter die Schutzvorrichtung des Anhängewagens und erlitt dabei eine schwere Quetschung des Knöchelgelenks, die seine Aufnahme in das Stadtlazareth in der Sandgrube erforderlich machte.

Zu der gestrigen Meldung über die schwere Schußverletzung, welche der Buchbindergehilfe Johannes F. in Langfuhr erlitten hat, wird uns nachträglich mitgetheilt, daß für die Vermuthung eines Selbstmordversuchs sich kein näherer Anhalt ergeben habe, daß vielmehr alle Umstände, unter denen die Verwundung erfolgte, auf einen Unglücksfall schließen ließen. Man nimmt an, daß F. den Revolver, der in der Wohnung seines Bruder als Pfandstück aufbewahrt wurde, nicht absichtlich abgeschossen, sondern daß derselbe sich unerwartet entladen habe.

§ **[Absturz.]** Der Maurergeselle Gustav Moritz von hier, welcher mit Reparaturen in den inneren Räumen der Petrikirche beschäftigt war, stürzte gestern Mittag von einem ca. 8 Meter hohen Gerüst und blieb besinnungslos auf den Fliesen der Kirche liegen; er hatte einen Bruch des Beckens erlitten. Man brachte ihn in das chirurgische Stadtlazareth.

-r. **[Unterschlagung.]** Gestern wurde der in einem hiesigen Versicherungs-Bureau beschäftigte Lehrling Georg Friedrich Selke verhaftet. Der Verhaftete hat längere Zeit hindurch kleinere Beträge unterschlagen, die per Postanweisung bei der General-Agentur eingingen. Die unterschlagene Summe soll sich auf ca. 300 Mk. belaufen.

-r. **[Strafkammer.]** Eine interessante Betrugsaffaire beschäftigte gestern in mehrstündiger Verhandlung die Strafkammer I des hiesigen Landgerichts. Angeklagt waren der Pferdehändler Hermann Rosendorff aus Lauenburg und der Besitzer Wilhelm Juhnke aus Luckowiese bei Lauenburg. Beide wurden beschuldigt, sich auf dem Jahrmarkt in Sierakowitz am 22. August des Betruges schuldig gemacht zu haben, und zwar Rosendorff in drei Fällen und Juhnke in einem Fall. Juhnke hatte auf den Markt in Sierakowitz ein Pferd zum Verkauf geführt. Dort traf er auch den Angeklagten R. und übergab diesem sein Pferd. Zwischen beiden wurde dabei verabredet, daß, wenn R. mehr wie 50 Mark für das Pferd erhielte, der Ueberschuß dem R. als Verdienst zufallen sollte. Unter 50 Mk. sollte der Klepper jedoch nicht verkauft werden. R. verkaufte das Pferd, lieferte aber keinen Pfennig an J. ab. Er behauptete J. gegenüber, das Pferd für nur 17 Mk. verhandelt und noch kein Geld erhalten zu haben. Da R. nachgewiesen wurde, daß er thatsächlich gleich Geld für das Pferd erhalten hatte, so war ihm dieser Betrugsfall, dessen er sich dem Mitangeklagten J. gegenüber schuldig gemacht hatte, nachgewiesen. An demselben Tage vollführten beide Angeklagte zusammen dann noch einen weiteren, sehr raffinirten Betrug. Juhnke besaß noch ein anderes Pferd, das einen Werth von 130 Mk. repräsentirte. Durch einen Zufall hatte Rosendorff erfahren, daß der Besitzer Pillasch aus Sierakowitz von einem Pferdehändler Cassel ein Pferd für 300 Mk. gekauft, aber nicht gleich die ganze Summe bezahlt hatte. Der Rest des Kaufgeldes sollte in Raten von 30 Mk. pro Monat entrichtet werden. Pillasch besann sich aber gleich darauf, daß ihm das Pferd doch zu theuer war und wandte sich an Cassel mit dem Ersuchen, er möchte ihm doch ein billigeres Pferd besorgen und das theurere zurücknehmen. Da Cassel augenblicklich kein billigeres Pferd besaß, konnte er nicht darauf eingehen; er versprach Pillasch jedoch, auf einem anderen Pferdemarkt ein solches Rößlein zu besorgen. Der Angeklagte Rosendorff setzte sich, als er dies erfahren hatte, mit Juhnke in Verbindung und beide machten sich nun an Pillasch heran. R. gab dabei vor, er handle mit Cassel zusammen und es sei ganz gleich, wer das Geschäft mache. Rosendorff und Juhnke vertauschten darauf das Juhnke'sche Pferd für 130 Mk. gegen das dem Pillasch gehörige für 300 Mk. P. sollte dabei noch 50 Mk. baar zubekommen. Diese erhielt er jedoch nicht gleich, sondern Rosendorff stellte ihm darüber einen Wechsel aus. Als das Pferd für 130 Mk. in den Besitz des P. übergegangen war, stellte es sich heraus, daß dasselbe nicht einspännig ging und auch nicht zog. P. wandte sich nun zuerst an Cassel und als derselbe ihm erklärte, daß er nichts mit Rosendorff zu thun habe, an diesen. Rosendorff vertauschte darauf ein drittes Pferd an Pillasch, welches nur 10 Mk. werth war. Durch dieses Manöver war Pillasch, da er auch die 50 Mark auf den Wechsel nicht erhielt, um sein Pferd für 300 Mark gekommen und hatte dafür ein solches für 10 Mk. erhalten. Das Gericht sprach beide Angeklagte schuldig, und zwar Rosendorff des Betruges in zwei Fällen und Juhnke in einem Falle. Das Urtheil lautete gegen R. auf 1½ Jahr und gegen J. auf 4 Monat Gefängniß.

Der Erste, dem hier in Danzig die am 1. Januar d. J. in Kraft getretene Abänderung des Strafgesetzbuches, wonach bei fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransports auch auf Geldstrafe erkannt werden kann, zu gut kam, war der 20jährige Arbeiter Paul Czaja. Derselbe hatte am 15. September v. J. in der großen Allee durch Fahrlässigkeit eine Carambolage eines von ihm gelenkten Bierwagens mit einem Motorwagen der Straßenbahn verursacht. Da ein größerer Schaden dabei nicht entstanden war, erkannte das Gericht auf 20 Mk. Geldstrafe.

[Polizeibericht für den 6. Februar 1900.] Verhaftet: 8 Personen, darunter 1 Person wegen Messerstechens, 1 Person wegen Diebstahls, 1 Person wegen Einschleichens, 1 Betrunkener, 1 Bettler, 2 Obdachlose. — Gefunden: 1 Kalender für das Jahr 1900 und 1 Stempelbogen zu einer halben Mark, am 24. Dezbr. pr. 1 schwarzer Plüschmuff mit weißem Taschentuch, gez. B. H., am 1. Februar cr. 1 Pfandschein auf den Namen Trude Nilczewski, am 3. Februar cr. 1 schwarzer Regenschirm, abzuholen aus dem Fundbureau der kgl. Polizei-Direction; am 25. Dezember pr. 1 weißes Taschentuch, abzuholen aus dem Polizeirevierbureau zu Langfuhr, am 27. Dezember pr. 1 Sack Weizen, abzuholen vom Schutzmann Hrn. Duckstein, Straußgasse 3. Die Empfangsberechtigten werden hierdurch aufgefordert, sich zur Geltendmachung ihrer Rechte innerhalb eines Jahres im Fundbureau der königl. Polizeidirection zu melden. — Verloren: Am 4. Februar cr. 1 goldene Damenremontoiruhr, am 5. Februar cr. 2 Einhundertmarkscheine, abzugeben im Fundbureau der kgl. Polizei-Directon.

Aus den Provinzen.

Konitz, 4. Febr. Einen empfindlichen Verlust hat der Rittergutsbesitzer Herr v. Wolszlegier auf Schönfeld in der Nacht zum Sonntag gehabt. Neben dem Hühnerstall liegt der Raum, in dem für die Schweine das Futter gekocht wird. Wahrscheinlich ist nun durch einige Funken das Stroh im Hühnerstall in Brand gerathen, und durch den entstandenen Rauch sind gegen 80 Hühner und Puten erstickt.

y. **Graudenz**, 6. Febr. Die Maschine des gestern Abend um 8.04 von hier nach Strasburg abgelassenen Personenzuges 809 wurde nicht weit von dem Abschlußsignal des hiesigen Bahnhofes in Folge eines Federbruches defect. Der genannte Zug mußte deshalb wieder in den Bahnhof zurückgeholt werden und konnte alsdann erst die Weiterfahrt mit einer Reservemaschine und mit einer halbstündigen Verspätung erfolgen.

△ **Tuchel**, 6. Febr. Die kreisthierärztliche Section eines Hundes auf den Abbauten, welcher zuvor mehrere andere Hunde gebissen hatte, hat den Verdacht der **Tollwuth** begründet; demgemäß ist von dem Herrn Landrath das Tödten der gebissenen Hunde angeordnet, sowie über die Stadt Tuchel und die Ortschaften Neutuchel, Koslinka und Kelpin die Hundesperre für die Dauer von drei Monaten verhängt worden.

S. **Schwetz**, 6. Febr. Gestern Abend in der zehnten Stunde brach in einem Stalle des Ackerbürgers Stojalowski in der Karlstraße auf bis jetzt nicht aufgeklärte Weise **Feuer** aus, das sich rasch verbreitete. Der Stall, in dem sich auch eine Werkstatt des Schlossermeisters Schauer befand, brannte nieder und zwei Milchkühe, ein Schwein und eine Anzahl Hühner kamen in den Flammen um. Beim Eintreffen der Feuerwehr stand das Stallgebäude bereits in hellem Brande.

Vermischtes.

* **[Ein Pistolenduell]** hat nach einem Localblatt am Montag in der Nähe des kgl. Jagdschlosses „Stern" bei Potsdam stattgefunden. Gegner waren der Cand. med. v. B. und der Kaufmann Max Sch. Der Zweikampf wurde suspendirt, nachdem Herr v. B. im zweiten Gang einen Schuß durch die linke Ohrmuschel, beim dritten einen Schuß in die rechte Schulter erhalten hatte. Die Bedingungen lauteten auf Fortsetzung des Zweikampfes bis zur Kampfunfähigkeit.

* **[Schwere Influenza-Epidemie]** herrscht auch in **München**. Der dortige Krankenstand ist zur Zeit so enorm wie noch nie. Ueber 60 000 Personen, also mehr als 13 Proc. der gesammten Bevölkerung, sind erkrankt, hauptsächlich an Influenza. — Auch in der spanischen Hauptstadt Madrid herrscht die Influenza. An einem Tage finden dort über 80 Begräbnisse statt. Seit Beginn des Winters starben 20 Senatoren, 14 Abgeordnete, 6 Exminister, 10 Granden, 7 Schriftsteller.

Birnbaum, 7. Februar. Die **Personenpost** Birnbaum-Driesen wurde am Sonnabend von zwei Wegelagerern **überfallen**; der eine feuerte einen Schuß auf den Postillon, der aber fehlging. Der Postillon hieb auf die Pferde ein und kam mit dem Wagen aus dem Bereiche der Räuber. Diese sind noch nicht ermittelt.

Bitterfeld, 7. Februar. In Quatz ist eine **Typhusepidemie** ausgebrochen. Zahlreiche Personen sind erkrankt. Die Behörden haben die Ueberführung der Kranken in das Krankenhaus daselbst angeordnet.

* **Auf Helgoland** hat vor einigen Tagen die erste **standesamtliche Trauung** stattgefunden.

Zuschriften an die Redaction.

Danzigs Vorortverkehr.

„Wir stehen im Zeichen des Verkehrs."

Es ist allgemein anerkannt, daß die Wohnungsfrage unter den vielen socialen Fragen unserer Zeit eine hervorragende Stellung einnimmt. Eine gesunde, freundliche Wohnung erfrischt und stärkt den ganzen Menschen in augenfälliger Weise. Die gesündesten Wohnungen sind naturgemäß vor den Thoren der Stadt, wo die Billigkeit des Baugeländes eine luftige Bebauung gestattet. Die gesündesten Wohnungen und freundlichsten Lagen nützen jedoch gar nichts, wenn die Miethspreise zu hoch sind. Man kann sich dann diese gesunden Wohnungen eben nicht miethen, oder man muß sich in anderer Beziehung so viel absparen, daß die Vortheile der gesunden Wohnung wieder verloren gehen. Die guten Wohnungen müssen also auch billig sein, und dies ist ebenfalls nur möglich vor den Thoren der Stadt. In der Stadt ist der Baugrund zu theuer und die Nachfrage zu groß. Ferner ist der Besitz eines, wenn auch nur 100 Qu.-Meter großen, Gartens für Gemüse und Obstbau von vortheilhaftester Einwirkung auf die ganze Familie nach vielen Richtungen hin. Solch Garten fördert die Gesundheit, die Sparsamkeit, das Familienleben, die Sittlichkeit, den Fleiß, die Liebe zur Heimath und damit zum Vaterlande, die Liebe zur Natur. Verpflanzen wir eine Familie aus

einer der schlechten Danziger Wohnungen in eine freundliche gesunde Wohnung mit Garten, so wird man, das lehrt die Erfahrung, Erstaunliches erleben. Natürlich ist es eine Unmöglichkeit, innerhalb der Stadt jeder Familie 100 Qmtr. Gartenland zu liefern. Diese Forderung ist aber ohne die geringste Schwierigkeit vor den Thoren der Stadt auf bisher unbebautem Gelände zu erfüllen. Dort kann man jeder Familie, auch der ärmsten Arbeiterfamilie, eine gesunde Wohnung mit Garten liefern und beides zusammen zu einem niedrigeren Miethspreise als eine schlechte Wohnung ohne Garten innerhalb der Stadt kostet. Beweis: Abeggstiftung Leegstrieß. Dort giebt es gesunde Wohnungen mit Garten für 11 Mark monatlich (ohne Abzahlung) In Danzig zahlt der Arbeiter für eine schlechte Wohnung ohne Garten 18 bis 21 Mark monatlich. Dabei hat die Abeggstiftung das Gelände ziemlich theuer bezahlt, die Canalisation, Wasserleitung, Beleuchtung und Straßen auf eigene Kosten herstellen lassen müssen und trotzdem wurde es ihr ermöglicht, mit geringem Kapital ein Vermögen zu erwerben, welches dem 10fachen Werthe des Stiftungskapitals entspricht. Einen durchschlagenderen, dem phantasielosesten Gemüth einleuchtenden Beweis giebt es nicht. In der Wohnungsfrage ist also das wichtigste Losungswort: „Hinaus vor die Thore!"

Um diesem Ruf aber volle Wirkung zu geben, ist unbedingt nothwendig, daß die Verbindung der Stadt mit dem Vorgelände eine schnelle und billige ist. Die Verwaltung des Vorortverkehrs hat den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht nur zu genügen, sondern hat, wie ein umsichtiger Kaufmann, die Entwicklung, so weit es an ihr liegt, zu fördern und den demnächstigen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Für Danzig kommt noch hinzu, daß die Stadt unter dem Festungsgürtel und den Rayonbeschränkungen zu leiden hat und daß die Weichsel und das Wiesengelände einerseits und bergiges Gelände andererseits die weitere Entwicklung Danzigs unmittelbar vor den Thoren unmöglich machen und daß man genöthigt ist weiter hinauszugehen. Auf dem Staate, welcher Danzig durch die Festung und die Rayonbeschränkungen schädigt, lastet deshalb auch eine besondere Verpflichtung, unsere Entwicklung durch einen guten Vorortverkehr zu fördern.

Für unser heutiges Vorgehen scheiden wir die hiesige elektrische Straßenbahn, sowie die Eisenbahnstrecke nach Neufahrwasser und Praust aus und wollen uns nur mit der Strecke Danzig-Zoppot beschäftigen; das soll natürlich nicht heißen, daß auf diesen Strecken nichts zu wünschen übrig bliebe. Wir scheiden sie nur aus praktischen Gründen heute aus. Wir erkennen gerne an, daß die hiesige Eisenbahnverwaltung stets guten Willen gezeigt hat den Bedürfnissen des Publikums gerecht zu werden. Der Verkehr steigt aber von Jahr zu Jahr mit der Entwicklung Danzigs und so braucht es keineswegs eine Vernachlässigung zu sein, wenn wir veranlaßt sind, heute mit einer Bitte an die Eisenbahnverwaltung heranzutreten. Um es gleich vorweg zu nehmen, unsere Bitte geht dahin: Die königl. Eisenbahnverwaltung wolle auf der Strecke von Danzig nach Oliva drei neue Stationen errichten und zwar 1. vor der Schichauwerft und Waggonfabrik, 2. vor der Abeggstiftung am Ende der Großen Allee, 3. vor der Abeggstiftung Leegstrieß, beim Traindepot. Ferner wolle die Eisenbahnverwaltung besonders Morgens, Mittags und Abends mehr Züge einstellen.

Die Vortheile dieser neuen Einrichtung wären folgende: Vielen Arbeitern und vielen Beamten ist es jetzt nicht möglich, in Langfuhr zu wohnen, weil sie zu weit vom Bahnhof ab wohnen müßten und deshalb Mittags nicht hinaus fahren könnten. Dies würde sich ändern, sowie die drei neuen Stationen errichtet sind. Sowohl das Gelände bei Neuschottland wie dasjenige beim Traindepot würde dann für die Bebauung erschlossen. Hier könnten kleine und größere Wohnungen mit Gärten errichtet werden. Etwa 2500 Arbeiter und Angestellte der Schichau-Werft und Waggonfabrik, 3000 Arbeiter und Beamte der kaiserl. Werft, viele Staats- und Privatbeamte könnten in Langfuhr und vor allen Dingen auf dem neu zu bebauenden Gelände bei Neuschottland und beim Traindepot wohnen. Die Verbindung Danzigs mit der Hochschule und dem neuen Lazareth, sowie den beiden Regimentskasernen der Husaren und der Trainkaserne, wäre dann eine sehr bequeme. Danzig würde entlastet und luftiger werden. Die schlechten Wohnungen könnten durch gute gesunde Wohnungen ersetzt werden, zum Vortheil auch der Hausbesitzer in der Stadt. Der Staat bekommt bessere Steuerzahler und Soldaten. Neuer Aufschwung, neues Leben überall! —

Die Durchführbarkeit dieser Reform kann kaum angezweifelt werden. Die Entfernung zwischen Danzig und Langfuhr beträgt 4 Kilom. Wenn die beiden Stationen dazwischen kommen, so wird die Entfernung der Haltepunkte von einander etwa 1,3 Kilom. betragen. Der Haltepunkt Traindepot wird von Langfuhr etwa ebenso weit liegen. Eine flüchtige Durchblätterung des Cursbuches ergab, daß es eine ganze Menge Stationen giebt, die noch näher zusammenliegen, z. B. Elberfeld Sonnborn - Zool. Garten 0.5 Kilom., Falkenrott-Vechta 0,8 Kilom., Travemünde Stadt-Strand 0,9 Kilom., Elberfeld Steinbeck-Döppersberg 0,9 Kilom., Stachelhausen - Vieringhausen 0,9 Kilom., Niederlahnstein-Horchheim 1,1 Kilom., Wilhelmshaven - Bant 1,2 Kilom., Rothenstein-Quednau 1,3 Kilom., Hamburg Dammthor-Sternsch. 1,3 Kilom., Remscheid-Stachelhausen 1,3 Kilom. Bei der Berliner Stadtbahn liegen die meisten Stationen etwas über und unter 1 Kilom. weit von einander entfernt. Ganz in der Nähe liegen zwei Stationen nur 0,9 Kilometer von einander: Brösen und Neufahrwasser, und Guteherberge - St. Albrecht liegen nur 1,1 Kilometer von einander. Die geringe Entfernung ist also etwas, was die Eisenbahntechnik nicht mehr abhält, mehr Stationen zu machen.

Hinzukommt, daß es sich hier nicht um Fernzüge handelt, wie bei vielen anderen nahe zusammen liegenden Stationen, sondern um Vorortzüge mit kleinen Maschinen und Vorortwagen.

Daß ein Bedürfniß vorhanden ist, liegt auf der Hand für jeden, der einigermaßen mit den Danziger Verhältnissen vertraut ist. Ebenso wenig kann darüber ein Zweifel sein, daß die Unterhaltungskosten und Zinsen des Anlagekapitals bald gedeckt werden. Und wenn dies auch nicht so bald der Fall sein sollte, so hat die Staatsbahnverwaltung doch die Verpflichtung, einer Entwicklung die Bahn frei zu machen und ihr einen kräftigen Anstoß zu geben. Es kommt noch hinzu, daß die Abeggstiftung das Gelände zu einer Haltestelle in Leegstrieß unentgeltlich hergeben will. Die Fahrt nach Zoppot wird sich dann ja um etwas verlangsamen, aber diese Verzögerung wird man auf fünf Minuten beschränken können. Daß ein stündlicher Verkehr dann nicht mehr genügen würde, ist selbstverständlich. Morgens, Mittags und Abends wird ein Zehn-Minuten-Verkehr, zeitweise vielleicht Fünf-Minuten-Verkehr eingerichtet werden müssen. Dann können die Züge auch mit der Secunde abfahren und nicht mit Verspätungen von 3, 5 oder mehr Minuten. Wer dann zurückbleibt, fährt eben, ohne viel zu versäumen, mit dem nächsten Zuge. Die Verspätung auf der Fahrt bis nach Zoppot wird sich also in der Praxis garnicht fühlbar machen. Und wenn sich die kleine Verzögerung auf der Fahrt auch fühlbar machte, so wäre dies kein Grund, eine größere segensreiche Reform zu unterlassen. Es könnte auch die Einstellung besonderer Züge in Erwägung gezogen werden.

Ein Vorstandsmitglied des Wohnungsmiethervereins.

Standesamt vom 7. Februar.

Geburten: Depot-Vicefeldwebel Johann Kutta, S. — Streckenwärter Eduard Drewing, S. — Gürtler Hugo Landsberg, T. — Schlossergeselle Otto Butschat, T. — Arbeiter Andreas Krause, S. — Königl. Schutzmann Matthes Hoyer, S. — Zimmerpolier Richard Schulz, S. — Arbeiter Rudolph Balowski, 2 S. — Parzellenpächter Friedrich Wendt T. — Ingenieur Otto Harttung, S. — Buchdruckereibesitzer Meyer Kahan, T. — Intendantur-Bureaudiener Ladislaus Derus, T. — Zahlmeister-Aspirant im Grenadier-Regt. König Friedrich I. (4. ostpr.) Nr. 5 Carl Ficht, S. — Unehel.: 1 T.

Aufgebote: Hafenarbeiter Emil William Max Krause hier und Martha Tuczinski zu Schöneck. — Fabrikarbeiter Ludwig Johann Babusch und Julie Martha Steinke. — Bremser der königl. Ostbahn Karl Julius Rumkowski und Hulda Emma Rehse, geb. Schneider. Sämmtlich hier. — Sergeant Ferdinand Bartsch im Train-Bataillon Nr. 17 zu Hochstrieß und Emma Johanna Danielowski hier. — Heizer Ernst Albert Meier und Clara Johanna Leonhardt. — Arbeiter Franz Grotha und Anastasia Krajewski. Sämmtlich hier. — Arbeiter Otto August Splett zu Lindenberg und Emilie Franziska Schulz. — Postamts-Vorsteher Oskar Georg Kussat in Sullenichin und Margarethe Amanda Helene Gumz in Gr. Bölkau. — Arzt Dr. med. Robert Erich Theodor Lehmann hier und Anna Maria Olga Lehrhoff zu Düsseldorf. — Kesselschmiedegeselle Karl Schulz und Pauline Caroline Pettke, beide hier.

Todesfälle: Arbeiter Anton Schlachetzki, 51 J. 8 M. — Wittwe Maria Rudnicki, geb. Wolski, 68 J. — T. d. Arbeiters Gustav Teffner, 12 W. — Wittwe Emilie Zabe, geb. Loepke, 61 J. — Wittwe Julie Emilie Gehrke, geb. Göttmann, 87 J. — Wittwe Elisabeth Dorothea Teschke, geb. Leppin, 78 J. — Dienstmädchen Sophie Kutz, 20 J. 10 M. — Maschinist August Heinrich, 76 J. — Kaufmann Karl Friedrich Heine, 53 J. 8 M. — Frau Flora Wahr, geb. Rosenbaum, 61 J. 6 M. — S. d. Arbeiters Gustav Ganzki, 4 J. — Arbeiter Johann Wulf, 66 J. — Wittwe Eva Klinkusch, geb. Klinkosz, fast 79 J. — Frau Anna Maria Dörks, geb. Olff, 36 J. 8 M. — Wittwe Wilhelmine Dessel, geb. Schröder, 79 J. — T. d. Malergehilfen Richard Gudde, 1 J. 4 M. — Betriebs-Ingenieur Friedrich Franz Conrad Meyer, 30 J. 10 M. — Wittwe Rosalie Behnert, geb. Gawrowski, 80 J. — S. d. Arbeiters Karl Remus, 5 W.

Danziger Börse vom 7. Februar.

Weizen in matter Tendenz, Preise zu Gunsten der Käufer. Bezahlt wurde für inländischen hellbunt bezogen 683 und 697 Gr. 127 M, hellbunt leicht bezogen 724 Gr. 131 M, hellbunt 713 Gr. 132 M, 732 Gr. 134 M, 728 Gr. $135^1/_2$ M, hochbunt stark bezogen 766 Gr. 134 M, hochbunt 753 Gr. 144 M, fein weiß 766 Gr. 148 M, 783 Gr. 151 M, streng roth 777 Gr. 143 M, 785 Gr. $143^1/_2$ M per Tonne.

Roggen weichend. Bezahlt ist inländischer 720 und 726 Gr. 134 M, 679, 698 und 708 Gr. 133 M, 690 Gr., 708 und 714 Gr. $132^1/_2$ M. Alles per 714 Gr. per Tonne. — **Gerste** ist gehandelt inländische große 680 Gr. 124 M per Tonne. — **Hafer** inländischer $111^1/_2$, 115 M per Tonne bezahlt. — **Wicken** inländ. 112 M per Tonne gehandelt. — **Pferdebohnen** inländ. 116 M per Tonne bezahlt. — **Kleesaaten** roth 63 M per 50 Kilogr. gehandelt. — **Weizenkleie** grobe 4,25 M, mittel besetzt 4 M, feine 3,85, 3,90, $3,97^1/_2$ M per 50 Kilogr. bezahlt. — **Roggenkleie** 3,95, 4,10 M per 50 Kilogr. gehandelt.

Berlin, den 7. Februar.

Städtischer Schlachtviehmarkt.

Amtlicher Bericht der Direction.

374 **Rinder.** Bezahlt f. 100 Pfd. Schlachtgew.: **Ochsen** a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahr alt — M; b) junge fleischige, nicht ausgemästete, und ältere ausgemästete — M, c) mäßig genährte junge, gut genährte ältere — M, d) gering genährte jeden Alters — M.

Bullen: a) vollfleischige, höchsten Schlachtwerthes — M; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere — M; c) gering genährte 48—52 M.

Färsen u. Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerths — M; b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerths, bis zu 7 Jahren — M; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen — M, d) mäßig genährte Kühe u. Färsen 47—49 M, e) gering genährte Kühe und Färsen 43—45 M.

2112 **Kälber:** a) feinste Mastkälber (Vollmilchmast u. beste Saugkälber 72—75 M; b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 65—69 M; c) geringe Saugkälber 55—60 M; d) ältere gering genährte (Fresser) 45—48 M.

698 **Schafe:** a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 59—62 M; b) ältere Masthammel 53—58 M, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 46—52 M; d) Holsteiner Niederungsschafe (Lebendgewicht) — M.

11 457 **Schweine:** a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu $1^1/_4$ Jahren 47—42 M; b) Käser — M; c) fleischige 45—46 M; d) gering entwickelte 42—44 M; e) Sauen 43 bis 44 M.

Verlauf und Tendenz des Marktes:

Rinder. Vom Rinderauftrieb blieben 19 Stück unverkauft.

Kälber. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig, aber fest.

Schafe. Bei den Schafen wird der Auftrieb ziemlich ausverkauft.

Schweine. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wird voraussichtlich geräumt. Sauen waren gesucht.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 6. Februar. Wind: NO.

Angekommen: Cremona (SD.), Burry, Alloa, Kohlen. — Temis (SD.), Andersson, Aalborg, leer.

Gesegelt: Rudolf (SD.), Dierow, Stettin, Güter.

Den 7. Februar.

Angekommen: Mietzing (SD.), Papist, Sunderland, Kohlen.

Nichts in Sicht.

Verantwortlicher Redacteur A. Klein in Danzig.
Druck und Verlag von H. L. Alexander in Danzig.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Dt. Eylau Band III Blatt 109 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des Brauereibesitzers Louis Doehring eingetragene, zu Dt. Eylau, Riesenburger Straße, belegene Grundstück

am 25. April 1900, Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht im Sitzungssaale versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 22. d. Mts. in das Grundbuch eingetragen.

Das Grundstück ist mit 34,74 M Reinertrag und einer Fläche von 17,0442 Hektar zur Grundsteuer mit 1692 M Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei 2, Zimmer Nr. 7, eingesehen werden. (1454

Dt. Eylau, den 26. Januar 1900.

Königliches Amtsgericht.

An Stelle des verhinderten Rechtsanwalts **Mueller** ist der Rechtsanwalt **Beutz** in Marienburg zum Verwalter in der Heine'schen Concurssache bestellt. (1689

Christburg, den 4. Februar 1900.

Königliches Amtsgericht.

Oeffentliche Versteigerung.

Freitag, den 9. Februar 1900, Nachmittags $1^1/_2$ Uhr, werde ich zu **Klopschau** bei Sobbowitz im Wege der Zwangsvollstreckung:

17000 Ziegelsteine I. Sorte

öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung versteigern

Nürnberg, Gerichtsvollzieher,
Danzig, Ketterhagergasse Nr. 16.
1748)

Oeffentliche Versteigerung.

Freitag, den 9. Februar 1900, Nachmittags $1^1/_2$ Uhr, werde ich zu Klopschau bei Sobbowitz im Wege der Zwangsvollstreckung

26 000 Ziegelsteine I. Sorte,

ferner zu Gr. Golmkau, Nachmittags $2^1/_2$ Uhr, (1749

2 Sophas, 1 Waschtisch, 2 Kleiderspinde, 2 Bettgestelle mit Betten, 3 Schränke, 2 Spiegel, 1 Teppich,

öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung versteigern.

Nürnberg, Gerichtsvollzieher,
Danzig, Ketterhagergasse 16.

Oeffentliche Versteigerung.

Freitag, den 9. Februar 1900, Nachmittags $1^1/_2$ Uhr, werde ich zu Klopschau bei Sobbowitz im Wege der Zwangsvollstreckung

26 000 Ziegelsteine II. Sorte,

ferner zu Gr. Golmkau, Nachmittags $3^1/_2$ Uhr, (1750

1 Spazierwagen (Selbstfahrer),
1 Coupee

öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung versteigern.

Nürnberg, Gerichtsvollzieher,
Danzig, Ketterhagergasse 16.

Bauholz-Verkauf im Mohrunger Stadtwalde.

Dienstag, den 13. Februar, Vormittags 10 Uhr, sollen im Victoria-Hotel,
circa 400 Stück Nadel-Bau- und Schneidehölzer, darunter ca. 60 Stück Kiefern von 2 bis $3^1/_2$ Festmtr. Inhalt u. darüber (1728
gegen Baarzahlung meistbietend verkauft werden.

Aufmaßlisten verabfolgt Herr Förster Büchler, Forsthaus Tannenwald, bei vorheriger rechtzeitiger Meldung.

Mohrungen, den 5. Februar 1900.

Die Forstverwaltung.

Bekanntmachung.

Am 15. Februar 1900 vergiebt die Direction um 11 Uhr im Geschäftslokal in öffentlicher Verdingung Fuhrleistungen für das Jahr 1900.

Die Bedingungen liegen hier aus und können auch gegen Einsendung von 0,75 M Schreibgebühren abschriftlich bezogen werden. (1035

Danzig, den 19. Januar 1900.

Königliche Direction der Gewehrfabrik.

Bekanntmachung.

In öffentlicher Verdingung sollen vergeben werden:

am **27. Februar,** Vormittags 11 Uhr, Chamottesteine, am **27. Februar,** Vormittags 11 Uhr, Putztücher und Putzwolle nach hier ausliegenden Proben, am **2. März,** Vormittags 11 Uhr, Schwefelsäure und Blutlaugensalz, am **12. März,** Vormittags 11 Uhr, rohes Rüböl.

Bedingungen liegen hier aus und können gegen Erstattung von je 75 ₰ abschriftlich bezogen werden. (1453

Danzig, den 26. Januar 1900.

Königl. Direction der Gewehrfabrik.